

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 34. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am  
27.06.2012**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 14:03 Uhr bis 17:59 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	Stadtratsvorsitzender	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	Teilnahme ab 14:18 Uhr
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	Teilnahme ab 14:08 Uhr
Herr Lothar Dieringer	parteilos	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	Teilnahme ab 14:40 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	Teilnahme ab 14:12 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	Teilnahme ab 14:46 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	Teilnahme bis 18:11 Uhr
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	Teilnahme bis 18:52 Uhr
Herr Robert Bonan	parteilos	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Frau Martina Wildgrube	FDP	Teilnahme bis 18:09 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme bis 18:45 Uhr
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Gerhard Pitsch	NPD	

Herr Egbert Geier	Bürgermeister
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Jürgen Busse	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Uwe Heft	parteilos
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.
Herr Andreas Hajek	parteilos
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

**Herr Dr. Christian Fiedler** bezog sich auf den TOP 7.6

Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Neubesetzung im Aufsichtsrat der  
GWG mbH  
Vorlage: V/2012/10791

und wies darauf hin, dass die Begründung für seine Abberufung nicht korrekt sei. Danach wären gemäß § 12 Absatz 5 des Gesellschaftsvertrages der GWG mbH dauernd verhinderte Aufsichtsratsmitglieder abzuberaufen.

**Herr Dr. Fiedler** brachte zum Ausdruck, dass er in den vergangenen Jahren an allen Aufsichtsratssitzungen teilgenommen habe und äußerte sich infolge dessen mit folgenden Fragen:

Kann dem Stadtrat die Abstimmung über einen Vorschlag mit einer falschen Begründung zugemutet werden?

Wäre es nicht angebrachter, dem Antragsteller zu empfehlen, diesen Vorschlag zurückzuziehen bzw. einen begründeten Vorschlag einzubringen?

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass jede Fraktion und jedes Stadtratsmitglied berechtigt sei, Anträge einzubringen. Inwieweit die dazu vorliegende Begründung korrekt sei, könne sie jedoch nicht beurteilen. Diese wäre allerdings auch nicht Gegenstand des Beschlusses. Zudem sei der Stadtrat u. a. für die Entsendung von Mitgliedern des Stadtrates in die Aufsichtsräte städtischer Unternehmen zuständig, so dass o. g. Antrag formal rechtlich zulässig wäre.

Hinsichtlich des Verfahrens im Aufsichtsrat erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass im vorliegenden Fall das Entsenderecht für ein Aufsichtsratsmitglied bei der FDP-Fraktion liege und diese somit berechtigt sei, einen Vorschlag in Form eines Antrages einzubringen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen von Einwohnern. **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die Einwohnerfragestunde.

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, teilte mit, dass Frau Dr. Gerda Frühauf kurz vor Vollendung ihres 82. Lebensjahres verstorben sei. Sie war in der Fraktion Volkssolidarität 1990 e. V. Halle/DIE GRAUEN - Graue Panther und von 1994 bis 1999 Mitglied des Stadtrates sowie Mitglied verschiedener Ausschüsse. Für die HAL-Fraktion war sie von 1999 - 2004 als sachkundige Einwohnerin engagiert. Der Stadtrat werde ihrer gedenken.

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, und **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** gratulierten Herrn Roland Hildebrandt zu seinem heutigen Geburtstag.

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die 34. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 44 Mitglieder des Stadtrates (77,19 %) anwesend.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

TOP 5.2 Beschluss zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse  
Vorlage: V/2011/09583  
*im Hauptausschuss am 20.06.2012 vertagt*

TOP 5.2.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse [V/2011/09583]  
Vorlage: V/2011/09758  
*zurückgezogen durch Antragsteller*

Hierzu liegen weitere Änderungsanträge vor; diese werden ebenfalls von der Tagesordnung abgesetzt:

TOP 5.2.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Beschluss zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse" – Vorlagen-Nummer: V/2011/09583  
Vorlage: V/2012/10821  
*im Hauptausschuss am 20.06.2012 vertagt*

TOP 5.2.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Beschluss zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse (V/2011/09583)  
Vorlage: V/2012/10825  
*im Hauptausschuss am 20.06.2012 vertagt*

TOP 5.2.4 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse [Vorlage: V/2011/09583]  
Vorlage: V/2012/10831  
*im Hauptausschuss am 20.06.2012 vertagt*

TOP 5.2.5 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Beschluss Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse (V/2011/09583)  
Vorlage: V/2012/10837  
*im Hauptausschuss am 20.06.2012 vertagt*

---

TOP 5.11 Halle (Saale) auf dem Weg zur „Kinderfreundlichen Kommune“ Projektbeteiligung der Stadt Halle als Pilotkommune  
Vorlage: V/2012/10543  
*von Verwaltung zurückgestellt*

---

TOP 6.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur langfristigen Gestaltung des Riebeckplatz-Viertels  
Vorlage: V/2012/10532  
*im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 12.06.2012 vertagt*

TOP 6.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Aufwertung der Saaleufer  
Vorlage: V/2012/10617  
*im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 12.06.2012 zurückgestellt*

---

Darüber hinaus informierte **Herr Bartl** darüber, dass eine Dringlichkeitsvorlage vorliege:

Dritte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzung vom 26.05.2004)  
Vorlage: V/2012/10811

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** begründete die Dringlichkeit. Die Änderung der Hebesatzung sei in Anbetracht der städtischen Haushaltssituation dringend notwendig und müsse bis zum 30.06.2012 beschlossen werden, um diese rückwirkend zum 01.01.2012 geltend machen zu können.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, machte deutlich, dass die Dringlichkeit seines Erachtens nicht gegeben sei. Die Haushaltssituation der Stadt Halle wäre seit fünf Jahren bekannt, so dass die Verwaltung bereits früher, z. B. mit Vorlage des Haushaltes für das Jahr 2012, die Änderung der Hebesatzung hätte einbringen können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Dringlichkeitsvorlage.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Dringlichkeitsvorlage zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:** mit weniger als 2/3-Mehrheit  
**Vorlage: V/2012/10811** **mehrheitlich abgelehnt**

---

Zudem liegen folgende Dringlichkeitsanträge vor:

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Erarbeitung eines Konzeptes zur Finanzierung und Weiterbetreuung des Peißnitzexpresses  
Vorlage: V/2012/10847

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, erläuterte die Gründe für die Einbringung des Dringlichkeitsantrages seiner Fraktion.

In der heutigen Sitzung werde unter dem TOP 5.3

Einwohnerantrag Parkeisenbahn Peißnitzexpress - Feststellung der Zulässigkeit  
Vorlage: V/2012/10757

der Einwohnerantrag aus formalen Gründen zurückgewiesen. Das Anliegen des Einwohnerantrages werde aber von allen Fraktionen geteilt. Da die Einbringung eines Änderungsantrages zur o. g. Vorlage möglicherweise rechtlich fraglich sei, habe seine Fraktion einen eigenständigen Antrag eingebracht.

Die Dringlichkeit wäre dahin gehend gegeben, dass der Antrag mit dem Beschluss des Stadtrates zu o. g. Vorlage verknüpft sei und nach Ablehnung dieser den Bürgern und dem Förderverein mit dem Dringlichkeitsantrag seiner Fraktion eine Perspektive aufgezeigt werden soll.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sprach sich gegen die Dringlichkeit aus und nannte die Gründe dafür. Die Verwaltung habe bereits mehrfach erklärt, dass sie der Intention des Einwohnerantrages folge und den Betrieb der Parkeisenbahn Peißnitzexpress langfristig finanziell sichern wolle. Dazu wurden entsprechende Gespräche mit möglichen Sponsoren geführt.

Darüber hinaus machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** deutlich, dass die Verwaltung dem Stadtrat spätestens im Herbst dieses Jahres einen Vorschlag zur Sicherung des Betriebes der Parkeisenbahn Peißnitzexpress vorlegen könne.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Dringlichkeitsantrag.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:** mit weniger als 2/3-Mehrheit  
**Vorlage: V/2012/10847** mehrheitlich abgelehnt

---

Dringlichkeitsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Freifläche zwischen Gottesackerstraße und Charlottenstraße  
Vorlage: V/2012/10861

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, begründete die Dringlichkeit. Die Tiefgarage im Charlottencenter werde ab 01.07.2012 vollständig gesperrt. Da kaum Ausweichparkplätze vorhanden seien, sollte die Stadt Halle eine vorübergehende Lösung auf der Freifläche zwischen Gottesackerstraße und Charlottenstraße anstreben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Dringlichkeitsantrag.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:** mit weniger als 2/3-Mehrheit  
**Vorlage: V/2012/10861** mehrheitlich abgelehnt  
35 Ja-Stimmen

---

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

zu 5.12       Gebührensatzung des Stadtarchivs Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10560

Hierzu liegen folgende Änderungsanträge vor:

TOP 5.12.1   Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Erneuerung der Gebührensatzung des Stadtarchivs Halle (Saale) – Vorlagen-Nummer: V/2012/10560 – hier Gebührenbefreiung für wissenschaftliche und unterrichtliche Zwecke  
Vorlage: V/2012/10824

TOP 5.12.2   Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Erneuerung der Gebührensatzung des Stadtarchivs Halle (Saale) (Vorlagen-Nr. V/2012/10560)  
Vorlage: V/2012/10853

---

TOP 6.1       Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde  
Vorlage: V/2012/10603

Hierzu liegt ein weiterer Änderungsantrag vor:

TOP 6.1.2     Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck, Fraktion DIE LINKE. zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde (Vorlagen-Nr.: V/2012/10603)  
Vorlage: V/2012/10810

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte, weshalb der TOP 5.1

Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung  
Vorlage: V/2012/10763

nicht von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Die Vorlage wurde im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vertagt und daraufhin im Hauptausschuss von der Tagesordnung abgesetzt, so dass noch kein abschließendes Votum der Fachausschüsse vorliege.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, antwortete, dass die Verwaltungsspitze die Vorlage auf der Tagesordnung belassen wollte.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass die Absetzung von Vorlagen von der Tagesordnung nur dann erfolgen könne, wenn sie von der Verwaltung zurückgezogen oder ein entsprechender Geschäftsordnungsantrag im Stadtrat eingebracht werde.



Ihren Informationen zufolge wurde o. g. Vereinbarung sowohl im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften als auch im Hauptausschuss beraten. Dem Stadtrat sollte in der heutigen Sitzung die Gelegenheit gegeben werden, sich damit zu befassen, um mit der Unterstützung eines Beraters den städtischen Haushalt konsolidieren zu können. Ihres Erachtens wäre es wichtig, dass sich ein Außenstehender mit der Haushaltssituation der Stadt Halle beschäftige und eine Aufgabenkritik erstelle, da dies möglicherweise in Richtung Land eine bessere Wirkung habe.

Aus diesem Grund appellierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** an den Stadtrat, die Vorlage auf der Tagesordnung zu belassen und dieser zuzustimmen. Der Stadtrat müsse hierbei eingebunden werden, um auch eine Kommunikation zwischen dem Berater und dem Stadtrat herstellen zu können.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, erinnerte daran, dass aufgrund der bestehenden Unklarheiten im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften keine nachhaltige Entscheidung seitens der Ausschussmitglieder getroffen werden konnte und infolge dessen die Vertagung erfolgte. Seines Erachtens sollte o. g. Vorlage im Juli gemeinsam mit dem aktualisierten Haushaltsplan beraten werden.

Aus diesem Grund stellte **Herr Wolter** den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des TOP 5.1 in die Stadtratssitzung Juli 2012.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Wolter, den TOP 5.1 in die Stadtratssitzung Juli 2012 zu vertagen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

---

**Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE.**, ging auf den TOP 6.9

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur nachhaltigen Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechnologie (Green IT)  
Vorlage: V/2011/10012

ein. Dazu habe er im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF am 22.03.2012 nach einem Kostenvergleich zur Dämmung eines städtischen Gebäudes und die daraus resultierenden Energieeinsparungen gefragt. Eine Beantwortung erfolgte trotz mehrfacher Zusage seitens der Verwaltung bisher nicht.

Da die Antwort der Verwaltung für die Entscheidungsfindung zum o. g. Antrag jedoch von Bedeutung sei, stellte **Herr Sieber** den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des TOP 6.9 bis zum Vorliegen der Beantwortung seiner Anfrage.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, sprach sich gegen die Vertagung des Antrages ihrer Fraktion aus. Es sei zwar bedauerlich, dass die Beantwortung der Anfrage von Herrn Sieber seitens der Verwaltung bisher nicht vorliege, die zuständigen Fachausschüsse haben den Antrag aber abschließend beraten und diesem zugestimmt, so dass einer Beschlussfassung in der heutigen Sitzung nichts entgegenstehe.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Sieber, den TOP 6.9 bis zum Vorliegen der Beantwortung seiner Anfrage zu vertagen.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, äußerte sich zum TOP 7.2

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle-Trotha  
Vorlage: V/2012/10774

Er sei davon ausgegangen, dass die Planungsmittel für die Freiwillige Feuerwehr Halle-Trotha bereits im Haushalt eingestellt seien bzw. die erforderlichen Maßnahmen von der Verwaltung derzeit durchgeführt werden. Demzufolge habe sich o. g. Antrag erledigt und könnte vom Antragsteller zurückgezogen werden.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, machte deutlich, dass die Aussagen zu dieser Thematik widersprüchlich seien und keine ausreichenden Informationen vorliegen. Insofern werde der Antrag seiner Fraktion aufrecht erhalten. Sollte sich im Laufe der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt herausstellen, dass die Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle-Trotha gesichert sei, könne man sich möglicherweise auf eine Erledigung des Antrages verständigen.

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bezog sich auf die Stadtratssitzung im Mai 2012 zur Diskussion zum TOP 2 - Feststellung der Tagesordnung. Darin habe er gefragt, weshalb der Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. zur Bewilligung vorzeitiger Maßnahmebeginne von Institutionen und Projekten im Bereich Gleichstellung von Frauen und Männern (V/2012/10456) nicht auf die Tagesordnung in der Stadtratssitzung Mai gesetzt wurde. Seitens der Oberbürgermeisterin wurde dahin gehend eine Prüfung zugesagt.

Demzufolge fragte **Herr Paulsen** nach dem Prüfungsergebnis und den Gründen, weshalb der Antrag in der heutigen Sitzung erneut nicht auf der Tagesordnung stünde.

**Herr Bürgermeister Geier** antwortete, dass der Antrag im Juli in den jeweiligen Fachausschüssen behandelt werde.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte, ob sichergestellt sei, dass der Antrag in der Stadtratssitzung Juli 2012 auf die Tagesordnung gesetzt werde

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte dies zu und merkte an, dass der Antrag nicht auf die Tagesordnung des Stadtrates gesetzt werden konnte, da bisher keine Beratung im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften erfolgte.

Es gab keine weiteren Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
  - 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 25. April 2012
  - 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 30. Mai 2012
  - 3.3 Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 11.06.2012
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30. Mai 2012
5. Beschlussvorlagen
  - 5.1 *Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung*  
Vorlage: V/2012/10763 vertagt
  - 5.2 *Beschluss zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse*  
Vorlage: V/2011/09583 abgesetzt
    - 5.2.1 *Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse [V/2011/09583]*  
Vorlage: V/2011/09758 abgesetzt
    - 5.2.2 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Beschluss zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse" – Vorlagen-Nummer: V/2011/09583*  
Vorlage: V/2012/10821 abgesetzt
    - 5.2.3 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Beschluss zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse (V/2011/09583)*  
Vorlage: V/2012/10825 abgesetzt
    - 5.2.4 *Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse [Vorlage: V/2011/09583]*  
Vorlage: V/2012/10831 abgesetzt
    - 5.2.5 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Beschluss Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse (V/2011/09583)*  
Vorlage: V/2012/10837 abgesetzt

- 5.3 Einwohnerantrag Parkeisenbahn Peißnitzexpress - Feststellung der Zulässigkeit  
Vorlage: V/2012/10757
- 5.3.1 *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Einwohnerantrag Parkeisenbahn Peißnitzexpress - Feststellung der Zulässigkeit" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10757)*  
Vorlage: V/2012/10875 *während der Sitzung gestellt*
- 5.4 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Finanzen und Personal  
Vorlage: V/2012/10575
- 5.5 Jahresabschlusses 2011 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH  
Vorlage: V/2012/10638
- 5.6 Bestellung einer Protokollführerin sowie einer stellvertretenden Protokollführerin  
Vorlage: V/2012/10680
- 5.7 Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/10050
- 5.7.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale) (Vorlage: V/2011/10050)  
Vorlage: V/2012/10581
- 5.7.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale) - Vorlagen-Nr.: V/2011/10050  
Vorlage: V/2012/10582
- 5.7.3 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlagen-Nr.: V/2011/10050 - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale) -  
Vorlage: V/2012/10590
- 5.7.3.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlagen-Nr.: V/2011/10050 - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale) (Vorlage V/2012/10590)  
Vorlage: V/2012/10846
- 5.7.4 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlagen-Nr.: V/2011/10050 - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale) -  
Vorlage: V/2012/10591
- 5.7.5 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage V/2011/10050 Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10623
- 5.8 Satzung der Stadt Halle (Saale) zur Erhebung der Kleineinleiterabgabe - Kleineinleiterabgabesatzung  
Vorlage: V/2012/10494

- 5.9 Änderung der Satzung über das besondere Vorkaufsrecht im Fördergebiet "Infrastrukturprogramm/Gewerbebestandsgebiete Halle-Ost"  
Vorlage: V/2012/10627
- 5.10 Einziehung des Parkplatzes Göttinger Bogen Ecke Weststraße  
Vorlage: V/2012/10737
- 5.11 *Halle (Saale) auf dem Weg zur „Kinderfreundlichen Kommune“ Projektbeteiligung der Stadt Halle als Pilotkommune*  
Vorlage: V/2012/10543 abgesetzt
- 5.12 Gebührensatzung des Stadtarchivs Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10560
- 5.12.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Erneuerung der Gebührensatzung des Stadtarchivs Halle (Saale) – Vorlagen-Nummer: V/2012/10560 – hier Gebührenbefreiung für wissenschaftliche und unterrichtliche Zwecke  
Vorlage: V/2012/10824
- 5.12.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Erneuerung der Gebührensatzung des Stadtarchivs Halle (Saale) (Vorlagen-Nr. V/2012/10560)  
Vorlage: V/2012/10853
- 5.13 Zweiter Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen  
Vorlage: V/2012/10587
6. Wiedervorlage
- 6.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde  
Vorlage: V/2012/10603
- 6.1.1 Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde (Vorlage: V/2012/10603)  
Vorlage: V/2012/10647
- 6.1.2 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck, Fraktion DIE LINKE. zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde (Vorlagen-Nr.: V/2012/10603)  
Vorlage: V/2012/10810
- 6.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan „Schlachthofviertel“  
Vorlage: V/2011/10009
- 6.3 Antrag der CDU-Fraktion auf Änderung/Ergänzung der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10600
- 6.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Öldialyse bei städtischen Fahrzeugen  
Vorlage: V/2012/10419
- 6.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Festsetzung der Sperrzeit für öffentliche Vergnügungsstätten  
Vorlage: V/2012/10373

- 6.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Eintritt der Stadtbibliothek in den Verbund der Online-Bibliothek Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2012/10461
- 6.7 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur langfristigen Gestaltung des Riebeckplatz-Viertels*  
Vorlage: V/2012/10532 *abgesetzt*
- 6.8 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Aufwertung der Saaleufer*  
Vorlage: V/2012/10617 *abgesetzt*
- 6.9 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur nachhaltigen Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechnologie (Green IT)*  
Vorlage: V/2011/10012 *vertagt*
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung  
Vorlage: V/2012/10767
- 7.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha  
Vorlage: V/2012/10774
- 7.2.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha (V/2012/10774)*  
Vorlage: V/2012/10869 *während der Sitzung gestellt*
- 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Rücknahme des Beschlusses "Benennung einer Straße nach Willy Brandt" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10477)  
Vorlage: V/2012/10779
- 7.4 Prüfantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Kreuzungsbereich Burgstraße-Mühlweg-Neuwerk  
Vorlage: V/2012/10785
- 7.5 Prüfantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Aufstellen einer Halbampel an der Haltestelle „Diakoniewerk Halle“  
Vorlage: V/2012/10786
- 7.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Neubesetzung im Aufsichtsrat der GWG mbH  
Vorlage: V/2012/10791
- 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Vorlage von Bauabnahmeprotokollen  
Vorlage: V/2012/10788
- 7.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Einführung eines Terminvergabesystems für den Bürgerservice  
Vorlage: V/2012/10780

- 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt der Verbindungsqualität auf der S-Bahn-Strecke Hauptbahnhof-Trotha  
Vorlage: V/2012/10783
- 7.10 Antrag des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur Änderung der bestehenden Satzung über die Entschädigung ehrenamtlich tätiger Bürger (Entschädigungsordnung) §1 Abs. 1 Aufwandsentschädigung  
Vorlage: V/2012/10756
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8.1 Anfrage des Stadtrates Raik Müller (CDU) zur Zukunft des ehemaligen Datenverarbeitungszentrums in Halle-Neustadt  
Vorlage: V/2012/10766
- 8.2 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU-Fraktion) zu Lebensdauer und Instandhaltungskosten der Hochstraße  
Vorlage: V/2012/10696
- 8.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu den Kosten der GEZ-Reform für die Stadt Halle  
Vorlage: V/2012/10764
- 8.4 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu den Kosten städtischer Verwaltungsgebäude  
Vorlage: V/2012/10770
- 8.5 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Pflasterschäden in Halle  
Vorlage: V/2012/10771
- 8.6 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Fahrbahnschäden in der Kleinen Ulrichstraße  
Vorlage: V/2012/10769
- 8.7 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Praktikanten mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung  
Vorlage: V/2012/10768
- 8.8 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zum Gutachten zur Voraussichtlichen Entwicklung des Bedarfs an kommunaler Bildungsinfrastruktur im Bereich KITA/Horte/Schulen in der Stadt Halle (Saale) bis zum Jahr 2025  
Vorlage: V/2012/10787
- 8.9 Anfrage der Stadträte des Beirates der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH zu Veranstaltungen auf dem Marktplatz und Hallmarkt in den Jahren 2011, 2012 und 2013  
Vorlage: V/2012/10789
- 8.10 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu den Kosten der Umbenennung der Straße in Willy-Brandt-Straße  
Vorlage: V/2012/10793
- 8.11 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Kooperationsmöglichkeiten des Peißnitz-Express mit der Deutschen Bahn AG  
Vorlage: V/2012/10694

- 8.12 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Bepflanzung der Lärmschutzwand am 3. Abschnitt der Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost  
Vorlage: V/2012/10796
- 8.13 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Eichenbepflanzung am Umspannwerk der Haupterschließungsstraße (Osttangente)  
Vorlage: V/2012/10797
- 8.14 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Schadensersatzforderungen der Stadt Halle (Saale) zu Beschädigungen der Bäume in der Otto-Stomps-Straße  
Vorlage: V/2012/10718
- 8.15 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu Bearbeitungszeiten von Bauanträgen  
Vorlage: V/2012/10775
- 8.16 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu einer temporären Lösung der Straßenquerung in der Liebenauer Str.  
Vorlage: V/2012/10776
- 8.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Begrüßungsservice für Neugeborene  
Vorlage: V/2012/10778
- 8.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Teilnahme der Stadt Halle am "Tag des offenen Denkmals"  
Vorlage: V/2012/10777
- 8.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Werbeaktionen für die ÖPNV-Nutzung  
Vorlage: V/2012/10713
- 8.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den für 2012 geplanten MDV-Tariferhöhungen  
Vorlage: V/2012/10714
- 8.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verkehrssicherheit von Radfahrern in der Großen Ulrichstraße  
Vorlage: V/2012/10701
- 8.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Himmelsscheibenradweg  
Vorlage: V/2012/10792
- 8.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen im Bereich des Saaleradwanderweges  
Vorlage: V/2012/10795
- 8.24 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur verkehrlichen Anbindung des geplanten SB-Warenhauses am Dessauer Platz  
Vorlage: V/2012/10704
- 8.25 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fahrradabstellanlagen in Halle  
Vorlage: V/2012/10705



- 8.26 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu erteilten Aufenthaltstiteln für internationale Studierende und WissenschaftlerInnen in Halle  
Vorlage: V/2012/10781
- 8.27 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Stadtratsbeschluss zur Prüfung von Strukturveränderungen im Bereich der städtischen Sportverwaltung  
Vorlage: V/2012/10782
- 8.28 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu herrenlosen Grundstücken in Halle  
Vorlage: V/2012/10784
9. Mitteilungen
- 9.1 Informationsvorlage zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Analyse der Entwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung in Halle (Saale) vom 08.02.2012 V/2012/10441  
Vorlage: V/2012/10739
- 9.2 Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (AMIP) des Jobcenters Halle (Saale) 2012  
Vorlage: V/2012/10693
10. mündliche Anfragen von Stadträten
11. Anregungen
- 11.1 Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zur Durchführung eines Bürgerforums im Zusammenhang mit dem Aufstieg des HFC in die 3. Bundesliga  
Vorlage: V/2012/10772
- 11.2 Anregung der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur einheitlichen Beantwortung von mündlichen Anfragen  
Vorlage: V/2012/10773
- 11.3 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Kennzeichnung der Radverkefhrung auf der Klausbrücke  
Vorlage: V/2012/10794
12. Anträge auf Akteneinsicht

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

#### **zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 25. April 2012**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 32. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 25.04.2012.

**Die Mitglieder des Stadtrates genehmigten ohne förmliche Abstimmung die öffentliche Niederschrift der Sitzung vom 25.04.2012.**

### zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 30. Mai 2012

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 33. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 30.05.2012.

**Die Mitglieder des Stadtrates genehmigten ohne förmliche Abstimmung die öffentliche Niederschrift der Sitzung vom 30.05.2012.**

### zu 3.3 Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 11.06.2012

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sondersitzung des Stadtrates vom 11.06.2012.

**Die Mitglieder des Stadtrates genehmigten ohne förmliche Abstimmung die öffentliche Niederschrift der Sondersitzung vom 11.06.2012.**

### zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30. Mai 2012

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, verlas den in nicht öffentlicher Sitzung am 30.05.2012 gefassten Beschluss:

**zu 3.1 Vergabebeschluss: Amt 10-L-02/2012 Los 1 und Los 3, Amt 10-L-02a/2012  
Los 2: Rahmenvereinbarung zur gewerbsmäßigen Beförderung von Briefsendungen - Standard-, Kompakt- und Großbriefe, Kurierdienst  
Vorlage: V/2012/10633**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat beschließt den Abschluss einer Rahmenvereinbarung zur gewerbsmäßigen Beförderung von Briefsendungen – Standard-, Kompakt- und Großbriefe, Kurierdienst für**

<b>Amt 10-L-02/2012 Los 1:</b>	<b>City-Brief-Kurier GmbH, Halle</b>	<b>bis höchstens 470.000,00 €</b>
<b>Amt 10-L-02/2012 Los 3:</b>	<b>City-Brief-Kurier GmbH, Halle</b>	<b>bis höchstens 20.000,00 €</b>
<b>Amt 10-L-02a/2012 Los 2:</b>	<b>City-Brief-Kurier GmbH, Halle</b>	<b>bis höchstens 55.000,00 €</b>

**zu den angegebenen Einzelpreisen (siehe Anlagen) für den Leistungszeitraum 01.06.2012 bis 31.05.2014.**

**zu 5      **Beschlussvorlagen****

**zu 5.3    **Einwohnerantrag Parkeisenbahn Peißnitzexpress - Feststellung der Zulässigkeit****

**Vorlage: V/2012/10757**

**zu 5.3.1   **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Einwohnerantrag Parkeisenbahn****

**Peißnitzexpress - Feststellung der Zulässigkeit" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10757)**

**Vorlage: V/2012/10875**

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, erklärte, dass es bedauerlich sei, den Einwohnerantrag aufgrund eines formellen Fehlers in der Unterschriftenliste ablehnen zu müssen. Entsprechend des Dringlichkeitsantrages der Fraktion DIE LINKE. bestünde seitens des Stadtrates jedoch das Interesse, den Betrieb der Parkeisenbahn Peißnitzexpress zu sichern. Dem Dringlichkeitsantrag konnte allerdings aufgrund der nicht vorhandenen Dringlichkeit nicht zugestimmt werden.

Im Zuge dessen regte **Herr Bönisch** an, im Hinblick auf eine langfristige Sicherung der Parkeisenbahn Peißnitzexpress auch weitere Unternehmen einzubeziehen, wie beispielsweise die MSG Maschinenbau und Service GmbH Ammendorf. Diese repariere, warte und pflege Schienenfahrzeuge.

Zudem bat **Herr Bönisch** um eine verbindliche Zusage, dass die Verwaltung im Herbst dieses Jahres ein Konzept zur Sicherung der Parkeisenbahn Peißnitzexpress vorlege.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, appellierte an die Fraktion DIE LINKE., anlehnend an die Diskussion zum TOP 2 - Feststellung der Tagesordnung hierzu doch einen Änderungsantrag einzubringen. Dies wäre für die Bürger und den Förderverein ein positives Signal und würde die Oberbürgermeisterin in ihrem Handeln bestärken.

Daraufhin fragte **Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, ob es rechtlich möglich sei, einen Änderungsantrag mit dem Beschlussvorschlag des Dringlichkeitsantrages einzubringen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass nach Rücksprache mit dem Rechtsamt keine Bedenken bestünden, einen solchen Änderungsantrag einzubringen.

Infolge dessen brachte **Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, nachfolgenden Änderungsantrag seiner Fraktion ein:

Der Beschlussvorschlag wird um einen 2. Punkt ergänzt:

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der HAVAG ein Konzept zur Finanzierung und Weiterbetriebsung des Peißnitzexpresses zu erarbeiten und in der Stadtrats-sitzung am 26. September 2012 vorzulegen.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, erklärte, dass er die Verfahrensweise zur Einbringung des Änderungsantrages nicht nachvollziehen könne. Seine Fraktion werde dem Änderungsantrag zwar zustimmen, die Einbringung im Zusammenhang mit einem unzulässigen Einwohnerantrag wäre seiner Auffassung nach aber fragwürdig.

Darüber hinaus haben sowohl Verwaltung als auch Fraktionen in den jeweiligen Fachausschüssen erklärt, dass der Einwohnerantrag aus formalen Gründen abgelehnt werden müsse, die Intention des Anliegens aber unterstützt werde.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, stellte bezogen auf die Wortmeldung von Herrn Krause klar, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion lediglich eine Terminsetzung für die Einbringung des Konzeptes beinhalte. Insofern sei dieser unbedenklich.

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, brachte zum Ausdruck, dass ihres Erachtens die Einbringung eines Änderungsantrages zu einem formal unzulässigen Einwohnerantrag nicht möglich sei und bat um Erläuterung.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** merkte zunächst an, dass manche Formalien schwierig nachvollziehbar seien und erinnerte dabei an die Verfahrensweise zu eingereichten Widersprüchen ihrerseits.

Hinsichtlich des vorliegenden Änderungsantrages erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass dieser im inhaltlichen Zusammenhang mit dem gesamten Anliegen stünde. Insofern sei ein solcher Auftrag an die Verwaltung durchaus möglich und rechtlich unproblematisch.

Ungeachtet dessen sei der Änderungsantrag nicht erforderlich, da die Verwaltung den Betrieb der Parkeisenbahn Peißnitzexpress ebenfalls sichern wolle und bereits mit möglichen Sponsoren Abstimmungsgespräche geführt wurden.

Zudem teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass sie über ein positives Signal der Unterstützer des Einwohnerantrages in Form einer kleinen Spende erfreut gewesen wäre. Mit einem solchen Beitrag, z. B. 1 € oder 2 € je Unterschrift, hätte die Stadtverwaltung in ihren Bemühungen, den Betrieb der Parkeisenbahn Peißnitzexpress zu sichern, unterstützt werden können.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, wies darauf hin, dass er die Bedenken von Frau Dr. Wünscher durchaus teile und die Überlegungen der Fraktion DIE LINKE. im Vorfeld hinsichtlich der Einbringung eines Dringlichkeits- oder Änderungsantrages nicht unberechtigt waren.

Der Stadtrat könne allerdings mit seiner Mehrheit die Geschäftsordnung dementsprechend interpretieren und somit den Änderungsantrag anerkennen. Seine Fraktion betrachte die durchgeführte Verfahrensweise als Ausnahmesituation und könne dem Änderungsantrag zustimmen.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, machte darauf aufmerksam, dass entsprechend des Änderungsantrages auch ein Auftrag an die HAVAG ergehen soll. Dies wäre nicht möglich, da die HAVAG ein eigenständiges Unternehmen sei.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, gab bekannt, dass die Fraktion DIE LINKE. aufgrund der Wortmeldung von Herrn Kley ihren Änderungsantrag entsprechend korrigiere:

Der Beschlussvorschlag wird um einen 2. Punkt ergänzt:

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ~~gemeinsam mit der HAVAG~~ ein Konzept zur Finanzierung und Weiterbetriebsung des Peißnitzexpresses zu erarbeiten und in der Stadtrats-sitzung am 26. September 2012 vorzulegen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Änderungsantrages sowie der Vorlage.

zu 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Einwohnerantrag Parkeisenbahn Peißnitzexpress - Feststellung der Zulässigkeit" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10757)  
Vorlage: V/2012/10875

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Der Beschlussvorschlag wird um einen 2. Punkt ergänzt:

1. Der Einwohnerantrag des Fördervereins Parkeisenbahn Peißnitzexpress Halle (Saale) e.V. vom 20.03.2012 ist unzulässig.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Finanzierung und Weiterbetreuung des Peißnitzexpresses zu erarbeiten und in der Stadtratssitzung am 26. September 2012 vorzulegen.

---

zu 5.3 Einwohnerantrag Parkeisenbahn Peißnitzexpress - Feststellung der Zulässigkeit  
Vorlage: V/2012/10757

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss (in geänderter Form):**

1. Der Einwohnerantrag des Fördervereins Parkeisenbahn Peißnitzexpress Halle (Saale) e.V. vom 20.03.2012 ist unzulässig.
2. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Finanzierung und Weiterbetreuung des Peißnitzexpresses zu erarbeiten und in der Stadtratssitzung am 26. September 2012 vorzulegen.*

---

Herr Krause, SPD-Fraktion, bat um Prüfung, ob die Einbringung des Änderungsantrages zu einem formal unzulässigen Einwohnerantrag möglich sei.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, sagte eine Prüfung seitens der Verwaltung dahin gehend zu.

**zu 5.4 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Finanzen und Personal**  
**Vorlage: V/2012/10575**

---

**(Herr Bürgermeister Geier verließ zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal.)**

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, fragte, ob die in der Anlage beigefügte Stellenausschreibung ebenfalls Bestandteil des Beschlusses sei. Sollte dies der Fall sein, würde ihre Fraktion die Streichung des letzten Satzes der Stellenausschreibung vorschlagen:

„... Der bisherige Stelleninhaber beabsichtigt, sich wieder zu bewerben.“

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass die Stellenausschreibung nicht Bestandteil des Beschlusses sei. Diese wurde lediglich zur Information beigefügt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

- 1.) Der Tag der Wahl für den Beigeordneten für Finanzen und Personal wird auf den 26.09.2012 festgelegt.
- 2.) Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, die Stellenausschreibung und den Wahltag öffentlich bekannt zu machen.

**zu 5.5 Jahresabschlusses 2011 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH**  
**Vorlage: V/2012/10638**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 03.05.2012:

1. Die Gesellschafter beschließen die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 mit einer Bilanzsumme von Euro 338.501,89 und einem Jahresüberschuss von Euro 4.103,69.

2. Die Gesellschafter beschließen, den Jahresüberschuss in Höhe von Euro 4.103,69 auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Die Gesellschafter beschließen die Entlastung des Geschäftsführers (Herrn Stefan Voß) für das Geschäftsjahr vom 01.01.2011 bis 31.12.2011.

zu 5.6 **Bestellung einer Protokollführerin sowie einer stellvertretenden Protokollführerin**  
Vorlage: V/2012/10680

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Im Einvernehmen mit dem Stadtrat bestellt die Oberbürgermeisterin Frau Anja Schneider als Protokollführerin und Frau Kristin Sabath als stellvertretende Protokollführerin des Stadtrates.

- zu 5.7 **Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale)**  
Vorlage: V/2011/10050
- zu 5.7.1 **Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale) (Vorlage: V/2011/10050)**  
Vorlage: V/2012/10581
- zu 5.7.2 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale) - Vorlagen-Nr.: V/2011/10050**  
Vorlage: V/2012/10582
- zu 5.7.3 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlagen-Nr.: V/2011/10050 - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale) -**  
Vorlage: V/2012/10590

- zu 5.7.3.1 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlagen-Nr.: V/2011/10050 - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale) (Vorlage V/2012/10590)**  
Vorlage: V/2012/10846
- zu 5.7.4 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlagen-Nr.: V/2011/10050 - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale) -**  
Vorlage: V/2012/10591
- zu 5.7.5 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage V/2011/10050 Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale)**  
Vorlage: V/2012/10623
- 

**Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen**, erläuterte das Ziel der Vorlage und die weitere Verfahrensweise. Nach Beschluss des Stadtrates werde dieser analog dem Verfahren bei Bebauungsplänen der Öffentlichkeit ausgelegt mit der Möglichkeit, sich dazu zu äußern und Stellungnahmen abzugeben. Anschließend erfolge die erneute Einbringung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes in den Stadtrat.

Darüber hinaus brachte **Herr Beigeordneter Stäglich** zum Ausdruck, dass die Erarbeitung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes nicht ausschließlich innerhalb der Verwaltung erfolgte. Die Erarbeitung wurde durch einen Arbeitskreis unterstützt, in dem u. a. alle Fraktionen vertreten waren. Mit Unterstützung eines externen Beraters konnte die Vorlage mit den vorliegenden Inhalten eingebracht werden.

Die vorliegenden Änderungsanträge werde die Verwaltung nicht übernehmen, da seines Erachtens das Ergebnis aus dem Arbeitskreis in den weiteren Prozess gegeben werden sollte. Zudem seien die Stellungnahmen der Verwaltung teilweise divergierend zu den jeweiligen Themen.

In dem Verfahren, so **Herr Beigeordneter Stäglich** weiter, wurde über die Abgrenzung des Hauptzentrums Altstadt (Zentrum Typ A) intensiv diskutiert. Um diese zu stärken, soll in Rücksprache mit dem Arbeitskreis und auf Empfehlung des externen Beraters mit dem sogenannten Ringstraßensystem eine Einkaufsinnenstadt geschaffen werden, die von der Entfernung funktionieren könne.

Die Einzelhandelssituation in der oberen Leipziger Straße habe sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Dieser Bereich werde zwar nicht mehr in das Hauptzentrum Altstadt aufgenommen, sei aber für die Stadt weiterhin äußerst wichtig. Insofern werde man sich auch zukünftig bemühen, diesen Bereich entsprechend zu gestalten.

Des Weiteren werde in den jeweiligen Gremien in den kommenden Monaten über den Beratungsstand mit der HWG mbH hinsichtlich der Neubebauung der Abbruchfläche des Hochhauses am Riebeckplatz informiert. Dieser Bereich gehöre zukünftig zum Stadteingang, um deutlich zu machen, dass die obere Leipziger Straße trotz ihrer Abgrenzung zum Hauptzentrum Altstadt nicht vernachlässigt werde.



Abgesehen davon bestünde aus dem Baugesetzbuch heraus auch die Aufgabe, den zentralen Versorgungsbereich zu definieren, um bei den für die Struktur der Unternehmen möglicherweise problematischen Entwicklungen einen Abwehrmechanismus zu haben.

In dem Zusammenhang wies **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf hin, dass für Städte und Gemeinden insbesondere beim Einzelhandel kaum eine Möglichkeit bestünde, gegen Anträge, die nicht in die Stadtstruktur passen, vorzugehen. Im Rahmen des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts wäre diese Möglichkeit gegeben.

Im Zuge dessen sagte **Herr Beigeordneter Stäglin** zu, dass der Stadtrat und die jeweiligen Ausschüsse, insbesondere der Ausschuss für Planungsangelegenheiten, bei abzulehnenden Anträgen einbezogen werden.

Eine Einbeziehung der Ausschüsse und des Stadtrates zu allen Ansiedlungsanträgen entsprechend des Änderungsantrages der CDU-Fraktion erachte er jedoch für nicht zweckmäßig. Hierbei befinde man sich nicht nur im Bauplanungs-, sondern im Bauordnungsrecht. Dies wäre eine klassische Aufgabe der Verwaltung.

Bei Zustimmung zum Änderungsantrag TOP 5.7.3.1 werden der Stadtrat und die Fachausschüsse entsprechend informiert, so dass bekannt sei, welche Anträge vorliegen und wie die Verwaltung auf Grundlage des geltenden Planungsrechts, Flächennutzungs- und Bebauungsplans sowie des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts diese behandeln würde.

Aus vorgenannten Gründen bat **Herr Beigeordneter Stäglin** um Zustimmung zur Vorlage, um das weitere Verfahren durchführen zu können.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, äußerte sich zum Änderungsantrag seiner Fraktion entsprechend des TOP 5.7.3.1. Die Intention des Änderungsantrages der CDU-Fraktion, dass die zuständigen Fachausschüsse und der Stadtrat bei vorgesehenen ablehnend beschiedenen Ansiedlungsanträgen beteiligt werden, sei zwar nachvollziehbar, jedoch wäre die Formulierung für die Handlungsmöglichkeiten und Gültigkeit im Einzelhandels- und Zentrenkonzept hinderlich. Demzufolge sei der Beschlussvorschlag des Änderungsantrages der CDU-Fraktion nicht rechtskonform.

Aufgrund dessen habe seine Fraktion den vorliegenden Änderungsantrag zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion eingebracht. Dieser wäre rechtskonform und gewährleiste eine ausreichende und rechtzeitige Beteiligung.

Insofern bat **Herr Krause** um Zustimmung zum Änderungsantrag seiner Fraktion bzw. die CDU-Fraktion, diesen zu übernehmen.

**Herr Sängler, CDU-Fraktion**, gab bekannt, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion in der vorliegenden Fassung aufrecht erhalten bleibe und begründete dies. Die Aussage von Herrn Krause sei nicht ausreichend und der Stadtrat müsse auf Entscheidungen der Verwaltung Einfluss nehmen können. Anderenfalls erhalte der Stadtrat keine Informationen über mögliche Baupläne der Investoren.

Mit dem Änderungsantrag seiner Fraktion sollen die Investoren geschützt werden. Diese setzen finanzielle Mittel ein und schaffen möglicherweise eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Dem Stadtrat müsse demnach die Gelegenheit gegeben werden, im Vorfeld Einfluss nehmen zu können.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, ging auf den Änderungsantrag seiner Fraktion ein. Dieser soll lediglich die bestehende Beschlusslage im Stadtrat umsetzen und eine langfristige Gültigkeit des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes erreichen.

Da der Standort HERMES-AREAL im vorliegenden Konzept nur als „in Planung“ erwähnt sei, soll dieser nun verbindlich integriert werden. Nach Abschluss des Bauvorhabens voraussichtlich Ende 2013 würde an diesem Standort ein Center in der Qualität eines Nahversorgungszentrums entstehen. Im Einzelhandels- und Zentrenkonzept sollte dies entsprechend dargestellt werden.

**Frau Ewert, SPD-Fraktion**, bezog sich auf die Wortmeldung von Herrn Sänger und merkte an, dass der Änderungsantrag der CDU-Fraktion entsprechend des TOP 5.7.3 zu weitgehend sei. Es gebe Investoren, die sich im Vorfeld in mehreren Städten nach einer geeigneten Fläche erkundigen und nicht genannt werden wollen. Diese benötigen einen gewissen Schutz. Sollte der Stadtrat hierzu gegen den Willen des Investors vorab beraten, wäre dies schädlich. Daraus resultiere der Änderungsantrag ihrer Fraktion.

**Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE.**, äußerte sich zum Änderungsantrag seiner Fraktion. Ziel sei es, im Stadtteil Silberhöhe ein Nahversorgungszentrum vorzuhalten. Nach Auffassung seiner Fraktion stelle die S-Bahn-Trasse eine Grenze zum Südstadtzentrum dar, so dass im derzeitigen Entwurf für den südlichen Bereich der Stadt Halle mit ca. 24.000 Einwohnern kein eigenes Nahversorgungszentrum vorgesehen sei.

Hinsichtlich des Änderungsantrages der SPD-Fraktion entsprechend des TOP 5.7.3.1 fragte **Herr Sieber** nach einer Stellungnahme der Verwaltung.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, antwortete auf die Frage von Herrn Sieber, dass der Änderungsantrag der SPD-Fraktion das weitere Verfahren nicht konterkarriere. Hierbei erfolge ein Arbeitsauftrag an die Verwaltung, nach der Offenlegung parallel zum überarbeiteten Einzelhandels- und Zentrenkonzept einen Verfahrensvorschlag zu unterbreiten. Eine solche Verfahrensweise sei bereits im Ausschuss für Planungsangelegenheiten diskutiert worden.

Unabhängig davon können die Fraktionen oder einzelne Stadtratsmitglieder nach Vorlage des überarbeiteten Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes bei Bedarf entsprechende Änderungsanträge einbringen.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bedankte sich zunächst bei der Verwaltung für den durchgeführten Arbeitsprozess zur vorliegenden Vorlage, bei dem alle relevanten Interessengruppen sowie die Stadtratsfraktionen einbezogen wurden. Es sei ein Ergebnis ohne Berücksichtigung individueller Befindlichkeiten vorgelegt worden.

Nach Auffassung seiner Fraktion wäre dies ein grundlegender Richtungswechsel in der Ansiedlungssteuerung. Die dringende Empfehlung der Gutachter sei einerseits, deutlich steuernd in die Einzelhandelsentwicklung einzugreifen und andererseits Planungsfehler der vergangenen 20 Jahre und die damit verbundenen Illusionen zu beenden. Demnach sollen vorhandene Schwerpunkte, wie z. B. die Altstadt, gestärkt und wohnortnahe fußläufige Lebensmittelversorgung gesichert werden.

Bezugnehmend auf die Änderungsanträge erklärte **Herr Paulsen**, dass seine Fraktion den Vorschlägen der FDP-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM nicht zustimmen könne.

Zudem sei man der Auffassung, dass die Änderungsanträge der CDU-Fraktion das gesamte Konzept konterkarieren. Nach Aussagen der Gutachter ginge die Aufwertung des Riebeckplatzes und der oberen Leipziger Straße deutlich zu Lasten der Altstadt und des Marktplatzes. Weiterhin wäre der zweite Vorschlag hinsichtlich der Sonderfallausnahmeregelung in keinsten Weise nachvollziehbar. Damit sei die beworbene Flexibilität nicht mehr gegeben und bedeute eine komplette Aushebelung des gesamten Konzeptes. Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion entsprechend des TOP 5.7.3.1 sei auch nur graduell besser.

Sollte den Änderungsanträgen zugestimmt werden, wäre aus Sicht seiner Fraktion die Arbeit der letzten zwei Jahre zunichte gemacht. Ebenso haben sich die Citygemeinschaft, der Handelsverband Sachsen-Anhalt sowie die IHK Halle-Dessau deutlich gegen die Änderungsanträge ausgesprochen.

Aufgrund des überzeugenden Verfahrens appellierte **Herr Paulsen** an den Stadtrat, den Änderungsanträgen nicht zuzustimmen, sondern die Vorlage der Verwaltung in der vorliegenden Form anzunehmen.

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, bat um Zustimmung zum Änderungsantrag seiner Fraktion zum TOP 5.7.4 und erläuterte die Intention dessen. Das Zentrum der Stadt sei der Marktplatz. Der Riebeckplatz und die obere Leipziger Straße wären aber derzeit kein attraktiver Standort in der Stadt Halle. Diese sollten zukünftig eine Perspektive haben. Anderenfalls sei dort nur noch zentrenrelevanter Einzelhandel mit einer Fläche von 200 m<sup>2</sup> zulässig, was selbst für die vorhandenen Geschäfte keine langfristige Bestandsperspektive bedeute.

Hinsichtlich der am Riebeckplatz geplanten Büro- und Dienstleistungsnutzungen wurden lediglich pauschale Aussagen getroffen. Diese wären nicht ausreichend, da der Standort ein bedeutender städtebaulicher Eingangsbereich für die Nutzer des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs sei.

Entsprechend des Konzeptes wurde weiterhin festgestellt, dass die Stadt Halle eine sehr geringe Zentralitätskennziffer habe und zu wenig Menschen aus dem Umland in der Stadt Halle einkaufen. Diejenigen, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen, müssen erst über den Riebeckplatz und die obere Leipziger Straße geführt werden, um in die Innenstadt zu gelangen. Da Bürofenster nicht besonders attraktiv wirken, sei davon auszugehen, dass diese nicht zu einer Erhöhung der Zentralitätskennziffer führen.

Darüber hinaus befinde sich der Riebeckplatz in der Umgestaltung. Diese Thematik wurde aber im zuständigen Fachausschuss bisher nicht behandelt, so dass ein Ergebnis dahin gehend nicht bekannt sei.

In Anbetracht dessen könne seine Fraktion nicht nachvollziehen, weshalb der seit Jahrzehnten existierende Zustand unnötig beseitigt werden soll. Seines Erachtens sollte die obere Leipziger Straße bis einschließlich Riebeckplatz weiterhin im Hauptzentrum Altstadt liegen und erst bei der nächsten Überarbeitung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes anhand der erfolgten Entwicklung eine Entscheidung über diesen Standort erfolgen.

Abschließend machte **Herr Scholtyssek** darauf aufmerksam, dass nach Auffassung seiner Fraktion der Standort Spitze für das Hauptzentrum Altstadt nicht geeignet sei, da entsprechend der Feststellung des Gutachters die Laufwege für Fußgänger in der Innenstadt zu lang wären. Insofern sollten Ansiedlungen an bereits vorhandenen Laufwegen erfolgen.

**Frau Hintz, SPD-Fraktion**, brachte zum Ausdruck, dass die Verwaltung entsprechend der Aufforderung des Stadtrates ein schlüssiges Konzept vorgelegt habe, welches Einschnitte vorsehe. Die Möglichkeiten zur Entwicklung der oberen Leipziger Straße wurden in den letzten Jahren nicht genutzt. Mit dem Umbau des Riebeckplatzes wurden Ladenflächen geschaffen, welche ein ständig wechselndes Angebot haben und die Ansiedlung weiterer attraktiver Läden ermöglichen.

Des Weiteren nutzen die Besucher der Stadt Halle die öffentlichen Verkehrsmittel, um vom Riebeckplatz zum Marktplatz zu gelangen, so dass die von Herrn Scholtyssek angesprochene Zentralitätskennziffer ihres Erachtens nicht negativ beeinflusst werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Änderungsanträge sowie der Vorlage.

**zu 5.7.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale) (Vorlage: V/2011/10050)  
Vorlage: V/2012/10581**

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der Langfassung des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale) mit folgenden Änderungen:
    - Seite 178, letzter Satz: „Neuansiedlungen großflächigen Einzelhandels mit nicht zentrenrelevanten Hauptsortimenten sind vorrangig an den beiden Fachmarktstandorten *und am Sonderstandort HEP* zu konzentrieren.“
    - Seite 179, Satz 1 und 2: ~~„Hier sollte eine klare Differenzierung zwischen den Fachmarktstandorten (Gewerbegebiet Neustadt, Magdeburger Chaussee / Trothaer Str.) und dem Sonderstandort (Hallescher Einkaufspark) erfolgen. An den Fachmarktstandorten *und am Sonderstandort HEP* ist eine Weiterentwicklung mit nicht zentrenrelevanten Kernsortimenten denkbar, wohingegen am Sonderstandort HEP lediglich eine Bestandssicherung (Bestandsschutz) oder Umwandlung in Richtung nicht zentrenrelevanter Kernsortimente erfolgen sollte.“~~
  2. Der Entwurf der Langfassung des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes ist öffentlich auszulegen.
-

zu 5.7.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale) - Vorlagen-Nr.: V/2011/10050  
Vorlage: V/2012/10582

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss (in geänderter Form):**

Der in der Analysephase 2010 als zentraler Bereich klassifizierter Standort Silberhöhe-Nord wird im zu beschließenden Einzelhandels- und Zentrenkonzept als zentraler Versorgungsbereich *Nahversorgungszentrum* eingeordnet.

---

zu 5.7.3.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlagen-Nr.: V/2011/10050 - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale) (Vorlage V/2012/10590)  
Vorlage: V/2012/10846

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt  
20 Ja-Stimmen  
16 Nein-Stimmen  
11 Enthaltungen

**Beschluss:**

Der Text des Änderungsantrages wird durch folgende Formulierung ersetzt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die Fachausschüsse und der Stadtrat in die Entscheidung zu solchen Ansiedlungsanträgen einbezogen werden können, die auf der Grundlage des beschlossenen Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes ablehnend beschieden werden müssten.
  2. Dieser Vorschlag wird zusammen mit der Vorlage zum Beschluss des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes nach erfolgter Auslegung und Abwägung eingebracht.
- 

zu 5.7.3 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlagen-Nr.: V/2011/10050 - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale) - Vorlage: V/2012/10590

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss (in geänderter Form):**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die Fachausschüsse und der Stadtrat in die Entscheidung zu solchen Ansiedlungsanträgen einbezogen werden können, die auf der Grundlage des beschlossenen Einzelhandels- und Zentrenkonzepts ablehnend beschieden werden müssten.
  2. Dieser Vorschlag wird zusammen mit der Vorlage zum Beschluss des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts nach erfolgter Auslegung und Abwägung eingebracht.
- 

**Anmerkung:**

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:

Die Verwaltung wird beauftragt, Ansiedlungsanträge, die seitens der Verwaltung nach dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept ablehnend beschieden würden, den zuständigen Fachausschüssen zur Vorberatung und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

---

- zu 5.7.4 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlagen-Nr.: V/2011/10050 - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale) - Vorlage: V/2012/10591**

**Beschlussvorschlag:**

*Das im Konzept abgegrenzte Zentrum Altstadt wird um die obere Leipziger Straße bis einschließlich Riebeckplatz verlängert.*

*Die Verwaltung wird beauftragt, diese Änderung ins Konzept einzuarbeiten.*

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

---

- zu 5.7.5 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage V/2011/10050 Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10623**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der Langfassung des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale) mit der Änderung:*

**Der Standort HERMES-AREAL wird in die Konzeption auf S. 178 als ~~Fachmarktstandort~~ Nahversorgungszentrum integriert und als Standort in die Übersichtskarte Perspektivische Zentren- bzw. Standortstruktur S. 186 grafisch eingearbeitet.**

*Der Entwurf der Langfassung des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes ist öffentlich auszulegen.*

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

---

**zu 5.7 Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/10050**

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form):**

- 1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf *der Langfassung* des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale).**
  - 2. Der Entwurf *der Langfassung* des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes ist öffentlich auszulegen.**
  - 3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die Fachausschüsse und der Stadtrat in die Entscheidung zu solchen Ansiedlungsanträgen einbezogen werden können, die auf der Grundlage des beschlossenen Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes ablehnend beschieden werden müssten.**
  - 4. Dieser Vorschlag wird zusammen mit der Vorlage zum Beschluss des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes nach erfolgter Auslegung und Abwägung eingebracht.**
- 

**Anmerkung:**

- Die Beschlusspunkte 3 und 4 wurden hinzugefügt entsprechend des Änderungsantrages der SPD-Fraktion.
- Es erfolgen Änderungen im Entwurf der Langfassung des Endberichtes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes entsprechend der zugestimmten Änderungsanträge.

**zu 5.8     Satzung der Stadt Halle (Saale) zur Erhebung der Kleininleiterabgabe - Kleininleiterabgabebesatzung**  
**Vorlage: V/2012/10494**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**                             **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat beschließt die Satzung der Stadt Halle (Saale) zur Erhebung der Kleininleiterabgabe - Kleininleiterabgabebesatzung (Anlage).**

**zu 5.9     Änderung der Satzung über das besondere Vorkaufsrecht im Fördergebiet "Infrastrukturprogramm/Gewerbebestandsgebiete Halle-Ost"**  
**Vorlage: V/2012/10627**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, erklärte, dass er die Vorlage nachvollziehen könne, bat aber um eine Begründung, weshalb das Vorkaufsrecht in dieser Form ausgeübt werde. In der Satzung seien Flächen aufgeführt, für die nach vorheriger Abstimmung mit dem Eigentümer erst kürzlich ein Bebauungsplan beschlossen wurde. Das Vorkaufsrecht diene jedoch dazu, Fehlplanungen und Fehlentwicklungen zu verhindern bzw. öffentliche Flächen zur Verfügung zu stellen. Seines Erachtens sollte mit den jeweiligen Eigentümern differenzierter umgegangen werden.

**Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen**, wies darauf hin, dass bei Zustimmung zur Vorlage das Vorkaufsrecht nicht zwangsläufig ausgeübt werden müsse. Durch die Anpassung der Grenzen mit denen des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan könne eine Einheitlichkeit erzielt werden, die als Grundlage für die Entwicklung im Osten der Stadt Halle diene.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:**                             **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

**Für das Fördergebiet gemäß Fördermittelbewilligung vom 29.06.2010 mit der Bezeichnung „Infrastrukturprogramm/ Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost“ sowie ergänzend einbezogene Flächen wird nachfolgende Änderung der Satzung über das besondere Vorkaufsrecht gemäß § 25 BauGB beschlossen.**



**zu 5.10 Einziehung des Parkplatzes Göttinger Bogen Ecke Weststraße  
Vorlage: V/2012/10737**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

- 1. Der Stadtrat beschließt die Einziehung des Parkplatzes Göttinger Bogen Ecke Weststraße nach § 8 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA).**
- 2. Die Oberbürgermeisterin veranlasst die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).**

**zu 5.12 Gebührensatzung des Stadtarchivs Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10560**

**zu 5.12.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Erneuerung der Gebührensatzung des Stadtarchivs Halle (Saale) – Vorlagen-Nummer: V/2012/10560 – hier Gebührenbefreiung für wissenschaftliche und unterrichtliche Zwecke  
Vorlage: V/2012/10824**

**zu 5.12.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Erneuerung der Gebührensatzung des Stadtarchivs Halle (Saale) (Vorlagen-Nr. V/2012/10560)  
Vorlage: V/2012/10853**

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** bat um Zustimmung zum Änderungsantrag seiner Fraktion und erläuterte die Intention dessen. In der Gebührensatzung sollte hinsichtlich der Gebührenbefreiung von unterrichtlichen und wissenschaftlichen Zwecken eine eindeutige Regelung vorhanden und keine Ermessensentscheidung möglich sein. Diesem Vorschlag könne die Verwaltung folgen und auch der Hauptausschuss habe dem Änderungsantrag seiner Fraktion zugestimmt.

Bezugnehmend auf den Änderungsantrag der SPD-Fraktion merkte **Herr Paulsen** an, dass dieser unter Punkt 3 sehr konkret formuliert sei. Seine Fraktion habe sich dazu entschieden, diesen Punkt weiterhin in der Form beizubehalten, da er davon ausgehe, dass die Mitarbeiter des Stadtarchivs dahin gehend eine nachhaltige Prüfung vornehmen werden.

**Frau Hintz, SPD-Fraktion**, bezog sich auf den Änderungsantrag ihrer Fraktion und stellte die Gründe für die Einbringung dar. Es sei davon auszugehen, dass durch die Streichung der wissenschaftlichen und unterrichtlichen Zwecke unter Punkt 2.2 ein Automatismus entstehen könnte. Nach Auffassung ihrer Fraktion wäre deshalb die konkrete Regelung unter Punkt 3 für die Mitarbeiter des Stadtarchivs von Vorteil.

Darüber hinaus gab **Frau Hintz** bekannt, dass sie folgende Streichung im Punkt 3, Satz 2 des Änderungsantrages ihrer Fraktion vornehme:

3. ... Der Nachweis des ~~unterrichtlichen oder~~ wissenschaftlichen Zwecks ist durch schriftlichen Auftrag zu führen ...

Nach Rücksprache mit dem Lehrpersonal haben Schüler kaum einen schriftlichen Nachweis für einen unterrichtlichen Zweck. Zudem wurde sich hierbei auch an anderen Städten, wie z. B. der Stadt Leipzig, orientiert, welche in ihrer Satzung ebenfalls diese Regelung enthalten haben.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bat um Erläuterung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion. Dieser sei ihm derzeit hinsichtlich der Gebühren für unterrichtliche Zwecke nicht schlüssig.

**Frau Hintz, SPD-Fraktion**, erklärte, dass es für Schüler ausreichend wäre, den unterrichtlichen Zweck mit ihrem Schülerschein nachzuweisen. Ein zusätzlicher schriftlicher Auftrag durch den Lehrer sei ihres Erachtens problematisch und kompliziert. Ein Student hingegen könne mit seinem Studentenausweis und dem Auftrag zu seiner Semester- oder Diplomarbeit den wissenschaftlichen Grund nachweisen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, machte hinsichtlich der vorliegenden Änderungsanträge deutlich, dass derzeit ca. 200 Studenten und 100 Schüler das Stadtarchiv für wissenschaftliche und unterrichtliche Zwecke nutzen.

Insofern könne dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion gefolgt werden, um die Mitarbeiter des Stadtarchivs nicht mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand belasten zu müssen. Zudem würde im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets die Unterstützung seitens der Lehrer erfolgen.

Des Weiteren wies **Herr Beigeordneter Kogge** darauf hin, dass in Bezug auf den schriftlichen Auftrag zur Nutzung des Stadtarchivs für wissenschaftliche Zwecke entsprechend der Benutzerordnung bestimmte Angaben zur Person gemacht werden müssen. Demzufolge können bereits Prüfungen hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit der Angaben vorgenommen werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Änderungsanträge sowie der Vorlage. Er wies darauf hin, dass der Änderungsantrag der SPD-Fraktion entsprechend des TOP 5.12.2 zuerst abgestimmt werde, da dieser der weitergehende sei.

zu 5.12.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Erneuerung der Gebührensatzung des Stadtarchivs Halle (Saale) (Vorlagen-Nr. V/2012/10560)  
Vorlage: V/2012/10853

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss (in geänderter Form):

§ 4 (Gebührenbefreiung) der Gebührensatzung des Stadtarchivs der Stadt Halle (Saale) wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Auf eine Gebührenerhebung kann im Einzelfall verzichtet bzw. die Gebühr kann reduziert werden, wenn die erbrachten Leistungen im besonderen Interesse der Stadt Halle (Saale) liegen und den Aufgaben und Zielen des Stadtarchivs entsprechen. Dies trifft insbesondere auch auf Gebühren nach § 2 Nr. 4 bei Abbildung oder Wiedergabe auf lokaler Ebene zu.
  2. Gebühren nach § 2 Nr. 1 und Nr. 2 können erlassen werden:
    - 2.1 für einfache mündliche und schriftliche Auskünfte, die ohne Hinzuziehung von Findhilfsmitteln und Archivalien erledigt werden können,
    - 2.2 für nachweisbar ~~wissenschaftliche~~, heimatkundliche ~~und unterrichtliche~~ Zwecke, soweit mit ihnen keine gewerblichen Ziele verfolgt werden,
    - 2.3 für Auskünfte und Nachforschungen, die den Nachweis eines versorgungsrechtlichen Anspruchs zum Ziel haben.
  3. Gebühren nach § 2 Nr. 1 und Nr. 2 werden nicht erhoben für nachweisbar wissenschaftliche und unterrichtliche Zwecke, soweit mit ihnen keine gewerblichen Ziele verfolgt werden. Der Nachweis des unterrichtlichen oder wissenschaftlichen Zwecks ist durch schriftlichen Auftrag zu führen. Zu unterrichtlichen und wissenschaftlichen Zwecken zählt des Weiteren die Nutzung im Rahmen von Forschung und Lehre an Hochschulen sowie der Unterrichtsvorbereitung und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern. In diesen Fällen entfällt die Nachweisführung durch schriftlichen Auftrag. Gebühren nach § 2 Nr. 3 werden ~~können~~ Schülern und Studenten für nachweislich wissenschaftliche und unterrichtliche Zwecke um 50 % ermäßigt ~~werden~~.
  4. Die Gebührenfreiheit entbindet nicht von der Erstattung fälliger Auslagen
-

**zu 5.12.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Erneuerung der Gebührensatzung des Stadtarchivs Halle (Saale) – Vorlagen-Nummer: V/2012/10560 – hier Gebührenbefreiung für wissenschaftliche und unterrichtliche Zwecke  
Vorlage: V/2012/10824**

**Beschlussvorschlag:**

§ 4 (Gebührenbefreiung) der Gebührensatzung des Stadtarchivs der Stadt Halle (Saale) wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Auf eine Gebührenerhebung kann im Einzelfall verzichtet bzw. die Gebühr kann reduziert werden, wenn die erbrachten Leistungen im besonderen Interesse der Stadt Halle (Saale) liegen und den Aufgaben und Zielen des Stadtarchivs entsprechen. Dies trifft insbesondere auch auf Gebühren nach § 2 Nr. 4 bei Abbildung oder Wiedergabe auf lokaler Ebene zu.
2. Gebühren nach § 2 Nr. 1 und Nr. 2 können erlassen werden:
  - 2.1 für einfache mündliche und schriftliche Auskünfte, die ohne Hinzuziehung von Findhilfsmitteln und Archivalien erledigt werden können,
  - 2.2 für nachweisbar ~~wissenschaftliche, heimatkundliche und unterrichtliche~~ Zwecke, soweit mit ihnen keine gewerblichen Ziele verfolgt werden,
  - 2.3 für Auskünfte und Nachforschungen, die den Nachweis eines versorgungsrechtlichen Anspruchs zum Ziel haben.
3. Gebühren nach § 2 Nr. 1 und Nr. 2 werden nicht erhoben für nachweisbar wissenschaftliche und unterrichtliche Zwecke, soweit mit ihnen keine gewerblichen Ziele verfolgt werden. Gebühren nach § 2 Nr. 3 werden ~~können~~ Schülern und Studenten für nachweislich wissenschaftliche und unterrichtliche Zwecke um 50 % ermäßigt ~~werden~~.
4. Die Gebührenfreiheit entbindet nicht von der Erstattung fälliger Auslagen

**Abstimmungsergebnis:**

**erledigt**

durch Zustimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion

---

**zu 5.12 Gebührensatzung des Stadtarchivs Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10560**

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form):**

**Der Stadtrat beschließt die neue Gebührensatzung des Stadtarchivs der Stadt Halle (Saale) zum 01.07.2012.**

---

**Anmerkung:**

Es erfolgen Änderungen in der Gebührensatzung entsprechend des Änderungsantrages der SPD-Fraktion.

**zu 5.13 Zweiter Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen**  
**Vorlage: V/2012/10587**

---

**Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erinnerte zunächst daran, dass seine Fraktion zu o. g. Vorlage einen Änderungsantrag eingebracht habe. Dieser wurde aber aufgrund der Zusage der Verwaltung, dass möglichst mehrere kleine Lose und die Planungen und Bauausführungen getrennt ausgeschrieben werden, im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF zurückgezogen. Er bat darum, dass diese Aussage seitens der Verwaltung nochmals bestätigt werde.

Des Weiteren fragte **Herr Menn**, ob der Stadtrat vor der Ausschreibung über die tatsächliche Losaufteilung informiert werde.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, wies ausdrücklich darauf hin, dass eine getrennte Ausschreibung der Planungs- und Bauleistungen seitens der Verwaltung nicht zugesagt wurde. Es sei lediglich vereinbart worden, dass aufgrund der Anregungen in den Ausschüssen die Vergabe der Planungs- und Bauleistungen in mindestens zwei Losen erfolge.

**Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, verwies auf die Niederschrift des Ausschusses für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF. Dieser sei zu entnehmen, dass die Planungs- und Bauleistungen getrennt ausgeschrieben werden sollen. Infolge dessen habe seine Fraktion den Änderungsantrag zurückgezogen.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, stellte als Vorsitzender des Ausschusses den Beratungsverlauf dar. Die Verwaltung habe erklärt, dass sie die Intention des Änderungsantrages teilen könne und die Vergabe in mehr als zwei Losen erfolge. Daraufhin wurde der Änderungsantrag durch den Antragsteller zurückgezogen. Dies wäre auch in der Niederschrift des Ausschusses in der Form aufgeführt.

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, merkte an, dass o. g. Beschluss notwendig, aber immer noch unbefriedigend wäre und fragte, ob möglicherweise ein dritter Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen angedacht sei.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, antwortete, dass die Verwaltung die Brandschutzprobleme schrittweise in Tranchen abarbeiten wolle. Sobald die zweite Tranche beendet sei, soll die dritte Tranche vorbereitet werden. Im Zuge dessen müssen die aktuellen Auflagen aufgrund der Demografiesicherheit, Sekretion sowie Brandschutzfragen in einer Prioritätenbewertung enthalten sein.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, machte deutlich, dass seine Fraktion ebenfalls der Auffassung sei, dass der Brandschutz in den Schulen der Stadt Halle gesichert werden müsse und eine schnellstmögliche Umsetzung erfolgen sollte.

Seine Fraktion hatte allerdings bereits vor längerer Zeit Bedenken hinsichtlich des haushalts-technischen Verfahrens geäußert, welche bis zum heutigen Tag seines Erachtens nicht behoben seien. Die Stadt Halle habe keinen genehmigten Haushalt, dennoch werden Beschlüsse mit finanziellen Auswirkungen gefasst. Zudem wären die hierfür beanspruchten Verpflichtungsermächtigungen nicht im Haushalt berücksichtigt.

Diese Verfahrensweise im Umgang mit dem Landesverwaltungsamt und folglich die Umsetzung des Beschlusses erachte seine Fraktion für problematisch. Infolge dessen fragte **Herr Kley**, ob die entsprechenden Beträge in der zu überarbeitenden Haushaltssatzung und Mittelfristplanung ordnungsgemäß eingearbeitet werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** entgegnete, dass bei einem beanstandeten Haushalt notwendige Ausgaben nach pflichtgemäßem Ermessen getätigt werden können. Das Landesverwaltungsamt weise ausdrücklich darauf hin, dass der Brandschutz insbesondere in Schulen und Kindertageseinrichtungen gesichert sein soll. Demzufolge müsse die Stadt Halle auch bei in einer schwierigen Haushaltssituation die Möglichkeit erhalten, diese Pflichtaufgabe umzusetzen.

In Gesprächen mit dem Landesverwaltungsamt wurde der Brandschutz in Schulen und Kindertageseinrichtungen ihrerseits in den Vordergrund gestellt. Insofern sei die Vorlage in Absprache mit dem Landesverwaltungsamt erfolgt.

Aus vorgenannten Gründen bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** um Zustimmung zur Vorlage, um der Verwaltung die Möglichkeit zu geben, die genannten Investitionsmaßnahmen in Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt umsetzen zu können.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, verwies auf seine vorherigen Ausführungen und fragte erneut, ob die entsprechenden Beträge in den Nachtragshaushalt eingearbeitet werden oder ob die Verwaltung davon ausgehe, dass die Umsetzung auch ohne Berücksichtigung der Beträge im Haushalt erfolgen könne.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form):**

1. **Der Stadtrat beschließt die Ausführung einer Brandschutzgrundsicherung der Grundschulen „Karl Friedrich Friesen“, „Am Ludwigsfeld“, Frohe Zukunft, Diemitz/Freimfelde, Johannesschule, des Johann-Gottfried-Herder-Gymnasiums und der Förderschule für Lernbehinderte Comeniusschule sowie die Errichtung von Rettungsbalkonen an den Schulen Grundschule „G.-E.-Lessing“, Sekundarschule Am Fliederweg, Gymnasium Südstadt und Christian-Wolff-Gymnasium. ~~Der Beschluss erfolgt unter Vorbehalt der Einwerbung von Fördermitteln.~~**

Sollten ausgewählte Objekte STARK III förderfähig sein, werden die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen im Rahmen der umfänglichen Sanierung durchgeführt.

2. Der Stadtrat beschließt im Zusammenhang mit der Brandschutzgrundsicherung die Kellertrockenlegung und -sanierung der Grundschule „Karl Friedrich Friesen“ sowie des Johann-Gottfried-Herder-Gymnasiums.
3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die finanziellen Mittel in den Haushalt 2012 bis 2015 einzustellen. Die Vergabe der Planungs- und Bauleistungen erfolgt aus wirtschaftlichen Gründen als Komplexauftrag vom EB ZGM in mind. zwei Losen an Dritte als Auftragnehmer.

**zu 6 Wiedervorlage**

**zu 6.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde**

**Vorlage: V/2012/10603**

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde (Vorlage: V/2012/10603)**

**Vorlage: V/2012/10647**

**zu 6.1.2 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck, Fraktion DIE LINKE. zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde (Vorlagen-Nr.: V/2012/10603)**

**Vorlage: V/2012/10810**

---

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, teilte mit, dass seine Fraktion den Änderungsantrag von Herrn Dr. Köck übernehme. Die Frage der Einbindung der Anwohnerschaft und der Wohnungsmarktakeure sei zentral und wurde im Ausschuss für Planungsangelegenheiten hinreichend und zufriedenstellend beraten. Infolge dessen bat er um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Aufgrund der Wortmeldung von Herrn Hildebrand zog **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** ihren Änderungsantrag zurück.

**Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE.**, gab bekannt, dass Herr Dr. Köck im Beschlusspunkt 2 seines Änderungsantrages folgende Änderung vornehme:

2. Es wird eine Bürgerversammlung im Stadtteil durchgeführt, bei der die Bürger und alle weiteren Akteure im Stadtteil Gelegenheit haben, ihre **eine erste** Vorstellungen zur künftigen Stadtteilentwicklung zu diskutieren.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

zu 6.1.1 **Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde (Vorlage: V/2012/10603)**  
Vorlage: V/2012/10647

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlusspunkt 2 wird wie folgt geändert:

2. *Es wird eine Bürgerversammlung im Stadtteil durchgeführt, bei der die Bürger und alle weiteren Akteure im Stadtteil Gelegenheit haben, ihre Vorstellungen zur künftigen Stadtteilentwicklung zu diskutieren.*

**Abstimmungsergebnis:**

**zurückgezogen**  
durch die Oberbürgermeisterin

---

zu 6.1.2 **Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck, Fraktion DIE LINKE. zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde (Vorlagen-Nr.: V/2012/10603)**  
Vorlage: V/2012/10810

**geänderter Beschlussvorschlag:**

Punkt 1 - wird ein Satz angefügt, der lautet:

1. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Stadtteilentwicklung in Freimfelde zu verfolgen, die im Einklang mit der Bevölkerung und den dortigen Wohnungsmarktakteuren steht. **Dazu sind geeignete gemeinsame Arbeitsstrukturen zu bilden.***

*Punkt 2 wird gestrichen, dafür wird der Beschlusspunkt 2 vom Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin (V/2012/10647) zum Antrag der CDU übernommen und das Wort ihre in eine umgeändert.*

2. *Es wird eine Bürgerversammlung im Stadtteil durchgeführt, bei der die Bürger und alle weiteren Akteure im Stadtteil Gelegenheit haben, ~~ihre~~ **eine erste** Vorstellungen zur künftigen Stadtteilentwicklung zu diskutieren.*

**Abstimmungsergebnis:**

**erledigt**  
durch CDU-Fraktion übernommen

---



**zu 6.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde**  
**Vorlage: V/2012/10603**

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form):**

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Stadtteilentwicklung in Freimfelde zu verfolgen, die im Einklang mit der Bevölkerung und den dortigen Wohnungsmarktakteuren steht. *Dazu sind geeignete gemeinsame Arbeitsstrukturen zu bilden.***
- 2. *Es wird eine Bürgerversammlung im Stadtteil durchgeführt, bei der die Bürger und alle weiteren Akteure im Stadtteil Gelegenheit haben, eine erste Vorstellung zur künftigen Stadtteilentwicklung zu diskutieren.***

---

**Anmerkungen:**

- Änderungen in den Beschlusspunkten
- Der ursprüngliche Beschlusspunkt 2 lautete:

2. Es wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich aus Vertretern der Stadtratsfraktionen, der verfassten Wohnungswirtschaft, privaten Wohnungsmarktakteuren, Anwohnervertretern, Stadtteilinitiativen, Künstlern und der Stadtverwaltung zusammensetzt und die Stadtteilentwicklung in Freimfelde begleitet. Alle von der Stadtverwaltung mitgetragenen tatsächlichen und vermeintlichen Aufwertungsbestrebungen bedürfen, bevor sie zur Anwendung kommen, zumindest einer Vorstellung und Begutachtung in der Arbeitsgruppe.

**zu 6.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan „Schlachthofviertel“**  
**Vorlage: V/2011/10009**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

- 1. Der Stadtrat beschließt für das Gebiet „Schlachthofviertel“ gemäß § 2 Abs. 1 BauGB einen Bebauungsplan aufzustellen.*
- 2. Der Geltungsbereich umfasst das Gebiet zwischen Güterbahnhof / Bereich DB AG bis Freimfelder Straße und von Delitzscher Straße( L165) bis Berliner Straße.*
- 3. Der Geltungsbereich ist in Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellt.*
- 4. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.*

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

**zu 6.3 Antrag der CDU-Fraktion auf Änderung/Ergänzung der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10600**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

24 Ja-Stimmen

20 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

**Beschluss:**

**Der Stadtrat beschließt die Änderung der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale)**

**§ 11 Tiere**

**(2) Der Halter oder Führer eines Tieres hat dafür Sorge zu tragen, dass sein Tier öffentliche Straßen, Anlagen und Einrichtungen nicht durch Kot verschmutzt. Die Vorschriften des Abfall- und des Strafrechts bleiben unberührt. Lassen sich Verschmutzungen nicht vermeiden, sind diese umgehend zu beseitigen.**

**Der Absatz wird um folgenden Satz erweitert:**

**Hierzu ist ein geeignetes Behältnis mitzuführen und auf Verlangen den Vollzugskräften vorzuweisen.**

**§ 17 Ordnungswidrigkeiten wird um folgenden Eintrag ergänzt:**

**entgegen § 11 Abs. 2 als Halter oder Führer kein geeignetes Hilfsmittel für Aufnahme und Transport von Tierkot mitführt oder dieses nicht auf Verlangen vorweist.**

**zu 6.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Öldialyse bei städtischen Fahrzeugen  
Vorlage: V/2012/10419**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form):**

Die Stadtverwaltung prüft die Möglichkeit, die sogenannte Öldialyse bei Fahrzeugen des Fuhrparks der Stadtverwaltung sowie der Eigenbetriebe der Stadt Halle (Saale) anzuwenden. Daneben macht die Stadtverwaltung ihren Einfluss auf städtische Unternehmen geltend, eine solche Prüfung ebenfalls durchzuführen.

*Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.*

**zu 6.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Festsetzung der Sperrzeit für öffentliche Vergnügungsstätten  
Vorlage: V/2012/10373**

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, machte deutlich, dass die Prüfung zum vorliegenden Antrag seitens der Verwaltung bereits erfolgt sei und bat die FDP-Fraktion darum, ihren Antrag als erledigt zu erklären. Anderenfalls könne der Antrag durch seine Fraktion nur abgelehnt werden.

Die **FDP-Fraktion** hielt ihren Antrag aufrecht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Antrages.

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Prüfung einer Verkürzung oder Aufhebung der Sperrzeiten (außerhalb von Wohngebieten) nach § 3 der Verordnung über die Festsetzung der Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften sowie für öffentliche Vergnügungsstätten.*

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

**zu 6.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Eintritt der Stadtbibliothek in den Verbund der Online-Bibliothek Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2012/10461**

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bat um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion und erläuterte die Intention dessen. Hierbei ginge es um die Möglichkeit der Erweiterung des Leseangebotes. Die Kosten werden durch das Land sowie durch den Förderverein „Freunde der Stadtbibliothek Halle“ getragen.

Zudem merkte sie an, dass die Fachausschüsse dem geänderten Antrag ihrer Fraktion zugestimmt haben.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung,** verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung. Eine kostenneutrale Lösung sei lediglich für das erste Jahr der Laufzeit gesichert und könne für die darauffolgenden beiden Jahre nicht zugesichert werden. In Anbetracht dessen empfehle die Verwaltung, den Antrag abzulehnen.

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion,** sprach sich für die Mitgliedschaft der Stadtbibliothek im Verbund der Online-Bibliothek Sachsen-Anhalt aus und stellte klar, dass der Förderverein „Freunde der Stadtbibliothek Halle“ lediglich für das Jahr 2013 eine Kostenübernahme in Höhe von 3.400 € zugesagt habe. Die Kosten für die Jahre 2014 und 2015 in Höhe von ca. 15.000 € können durch den Förderverein nicht übernommen werden.

Darüber hinaus erklärte **Frau Dr. Wünscher,** dass entsprechend der Beratungen in den Ausschüssen sich das Land bisher immer für die Stadtbibliothek Halle eingesetzt habe. Demzufolge sei nicht ausgeschlossen, dass dies auch in den Jahren 2014 und 2015 hinsichtlich der Kosten für die Mitgliedschaft erfolge.

**Herr Krause, SPD-Fraktion,** gab bekannt, dass seine Fraktion der Intention des Antrages folgen könne und dem zustimmen werde. Bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Beigeordneten Kogge wies er auf die Änderung im Antrag hin. Eine Umsetzung soll nur dann erfolgen, sofern eine für die Stadt kostenneutrale Lösung für die Implementierung gefunden werden könne.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte zu, dass die Verwaltung nach Möglichkeiten suchen werde, um die Mitgliedschaft auch für die Jahre 2014 und 2015 sicherzustellen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates,** bat um Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form):**

**Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Mitgliedschaft des Verbundes der Online-Bibliothek Sachsen-Anhalt zu beantragen, um die Stadtbibliothek in diesen Verbund zu integrieren *sofern eine für die Stadt kostenneutrale Lösung für die Implementierung gefunden werden kann.***

**zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

- zu 7.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung  
Vorlage: V/2012/10767**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

**Herr Hartmut Müller scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung aus.**

**Der Stadtrat beruft Herrn Ulrich Peinhardt als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.**

- zu 7.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha  
Vorlage: V/2012/10774**

- zu 7.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha (V/2012/10774)  
Vorlage: V/2012/10869**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates,** gab bekannt, dass hierzu soeben ein Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM eingereicht wurde und verlas diesen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM,** erläuterte die Gründe für die Einbringung des Änderungsantrages seiner Fraktion. Dieser resultiere aus der Stellungnahme der Verwaltung, dass am derzeitigen Standort bestimmte und zum Teil nicht reparable Schäden vorhanden seien und sich für einen neuen Standort mit einem Neubau ausgesprochen wurde.

Weiterhin machte **Herr Wolter** deutlich, dass es die Pflicht der Verwaltung wäre, die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr zu gewährleisten, so dass dahin gehend nicht zwingend ein Antrag seitens des Stadtrates notwendig sei. Seines Erachtens sollte vielmehr die zukünftige Prioritätensetzung der Investitionsplanung für den Neubau eines Gebäudes der Freiwilligen Feuerwehr Halle-Trotha im Stadtrat diskutiert und ein entsprechender Beschluss gefasst werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** wies darauf hin, dass die Gewährleistung der Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr eine Pflichtaufgabe und unabweisbar sei. Aus diesem Grund wurden Mittel in Höhe von 200.000 € freigegeben, so dass die notwendigen Reparaturen zur Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft durchgeführt werden können.

**Herr Bürgermeister Geier** fügte hinzu, dass ursprünglich lediglich ein minimaler Betrag für eine Vorplanung des o. g. Feuerwehrstandortes vorgesehen war. In Abstimmung mit dem Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst wurde eine inhaltliche Verschiebung dahin gehend vorgenommen, dass bereits in diesem Jahr die konkreten Planungen für diesen Standort mit einem Betrag in Höhe von 200.000 € durchgeführt werden und die Bauausführung im Jahr 2013 stattfinden können. Die Bauausführung war ursprünglich erst im Jahr 2014 vorgesehen.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte deutlich, dass hinsichtlich des Sachstandes Unklarheiten vorhanden seien und verwies aufgrund dessen den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten sowie in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, konnte die Darstellungen der Verwaltung nicht nachvollziehen. Er habe aufgrund der Intention des Antrages erwartet, dass die Erläuterungen klarer und strukturierter seien.

Bei dem vorliegenden Sachverhalt müssen zwei Aspekte berücksichtigt werden. Zum einen ginge es um die Planung des gesamten Komplexes mit modernen neuen Räumen, um die Einsatzbereitschaft zukünftig gewährleisten zu können.

Zum anderen müssen die derzeit unzureichenden Zustände schnellstmöglich behoben werden. Beispielsweise stünde derzeit für Frauen und Männer ein gemeinsamer Umkleideraum zur Verfügung. Hier könnte seines Erachtens Abhilfe geschaffen werden, indem ein entsprechender Container aufgestellt werde.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, ging auf den Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM ein. Die Intention dessen ginge an der Realität vorbei, da aufgrund der vorhandenen Mängel das Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr Halle-Trotha jederzeit geschlossen werden könnte und die Einsatzbereitschaft somit nicht mehr gegeben sei.

Da ein Neubau bis zur Fertigstellung entsprechend Zeit in Anspruch nehmen, müsse man bei dem derzeitigen Standort sofort tätig werden. Die Notwendigkeit zum Handeln bestünde unmittelbar. Durch Versäumnisse seien Zustände eingetreten, die zusätzliche Ausgaben erforderlich machen. Diese wären allerdings nur notdürftig und eine vorübergehende Lösung.

In Anbetracht dessen sei die Verweisung zwar legitim, aber stelle auch eine Verzögerung dar. Insofern wäre wünschenswert, dass die Verwaltung auch ohne Beschluss zum vorliegenden Antrag tätig werde und die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung stelle, da Gefahr im Verzug bestünde. Die Haushaltssituation der Stadt Halle könne hierbei nicht als Vorwand angeführt werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte aufgrund der Aussagen der Stadträte eine nochmalige Prüfung zu, ob und inwieweit die in der Stellungnahme der Verwaltung angekündigten notwendigen Reparaturen zur Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft bereits umgesetzt wurden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 7.2.1 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha (V/2012/10774)**  
Vorlage: V/2012/10869

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:*

*Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, **die Planungen für den Neubau eines die Gebäudes der Freiwilligen Feuerwehr Halle – Trotha auf einem geeigneten Grundstück zeitnah abzuschließen und schnellstmöglich mit dem Neubau zu beginnen.** unverzüglich in einen die Einsatzbereitschaft ermöglichenden Zustand zu versetzen.*

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**  
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den  
**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,**  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

---

zu 7.2 **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha**  
Vorlage: V/2012/10774

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr Halle – Trotha unverzüglich in einen die Einsatzbereitschaft ermöglichenden Zustand zu versetzen.*

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**  
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den  
**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,**  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

zu 7.3 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Rücknahme des Beschlusses "Benennung einer Straße nach Willy Brandt" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10477)**  
Vorlage: V/2012/10779

---

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Zu diesem Antrag will Herr Dr. Meerheim sprechen. Bitte.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, mit unserem Antrag wollten wir eigentlich nur den Versuch starten, das Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen einen Stadtratsbeschluss versucht haben zur Wehr zu setzen, hier noch mal zur Sprache zu bringen.

Es sind ja nicht nur einfache Bürgerinnen und Bürger, sondern es gab ja, also ich meine jetzt Mieterinnen und Mieter, sondern natürlich sind dort über 90 Unternehmen angesiedelt, die sich hier deutlich zu Wort gemeldet haben wegen der Kosten. Aber es geht ihnen, denke ich, auch nicht nur um die Kosten, sondern die Bürgerinnen und Bürger einschließlich der Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich dort in dieser Straße angesiedelt haben, fühlten sich in dem Moment einfach mal überfahren, d. h. nicht beteiligt.

Sie versprechen jetzt in Ihrer Begründung zur Ablehnung, dass Sie Gespräche geführt haben oder das sagen Sie und dass Sie weitere Gespräche führen wollen, um die Auswirkungen der Umbenennung für die Betroffenen sozusagen weiter zu mindern. Das ist schön, dass Sie das tun wollen.

Nur ich denke, der Fehler liegt genau darin, dass man das im Nachhinein versucht. Man sollte in Zukunft daran denken, dass solche Geschichten im Vorhinein befragt und besprochen werden mit denen, die davon möglicherweise betroffen sind. Das sind Bewohner, das sind aber eben auch Unternehmer, die dort wirtschaftlich tätig sind.

Und vor dem Hintergrund kann ich eine Verweisung Ihrerseits überhaupt nicht verstehen. Sie begründen in Ihrer Ablehnung, dass Sie sagen, Sie wollen das bis zum Oktober oder im Oktober die Umbenennung vollziehen.

Sie wissen ganz genau, wenn Sie jetzt den Antrag verweisen und ihn nicht abstimmen lassen, mag er ausgehen wie er will, dann ist der frühestens im September wieder zurück. Und dann kann er eigentlich nicht mehr behandelt werden, weil wenn Sie im Oktober die Umbenennung vollziehen wollen, müssen Sie natürlich Vorleistungen bringen, sprich Straßenschilder etc. und andere Dinge amtlich veranlassen.

D. h. dann müssten Sie fairerweise hier erklären, wenn Sie den Antragsteller und möglicherweise auch die Betroffenen dieses Antrages ernst nehmen, müssten Sie hier und heute erklären, dass Sie den Vollzug zumindest verschieben bis der Antrag im Stadtrat wieder zurück ist und dazu eine Entscheidung getroffen wurde, ohne dass Sie den Rat mit irgendwelchen Dingen, die Sie notgedrungen machen müssen, wenn Sie den Beschluss umsetzen wollen, vor vollendete Tatsachen stellen.

Ansonsten können wir heute auch auf die Verweisung verzichten. Lassen Sie uns einfach darüber abstimmen und dann sagt der Rat, ja wir heben ihn auf oder wir heben den Beschluss nicht auf.

Aber unehrlich wäre es auf Zeit zu spielen und parallel dazu die Dinge zu machen, die mit dem ersten Beschluss logischerweise zusammenhängen. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Aber wie gesagt, wenn Sie mit der Verweisung gleichzeitig erklären würden, dass Sie keine Tatsachen schaffen bezüglich der Umsetzung des ersten Beschlusses, gegen den sich der Antrag richtet, dann könnte ich damit auch leben, dass Sie sagen, wir wollen es noch mal in den Ausschüssen behandeln und Sie wollen darstellen, was Sie alles getan und gelassen haben. Dann würde ich das auch akzeptieren können.



Ansonsten würde ich sagen, dann ist es einfach nur unfair und feige und auch nicht ehrlich. Ich will es noch nicht tun, ich warte noch auf eine Antwort der Oberbürgermeisterin diesbezüglich.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Frau Oberbürgermeisterin bitte.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados:**

Herr Dr. Meerheim, weil Sie sagen, man soll mit den Betroffenen vorher reden. Es war keine Beschlussvorlage der Verwaltung. Und insofern ziehe ich mir auch den Schuh nicht an. Ich kann nicht vorher über irgendetwas reden, wenn ich nicht weiß, wie der Rat sich positioniert. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist, wir sind in intensiven Beratungen. Und der Stadtratsbeschluss steht. In dem Stadtratsbeschluss steht aber nicht, wann ich diese Umbenennung durchzuführen habe. Das steht dort nicht drin.

Insofern bin ich da jetzt nicht gebunden und muss nicht sagen, ich muss zu dem und dem Zeitpunkt. Insofern könnten die Beratungen noch weiter gehen. Und ich finde, es ist auch richtig, das jetzt noch mal in den Ausschüssen zu behandeln, ehe man jetzt hier zu einem Schnellschuss kommt und sagt, wir machen das wieder rückgängig.

Deswegen plädiere ich sehr dafür bzw. das ist nicht nur mein Antrag, sondern das ist auch mein Recht, die Verweisung vorzunehmen und das würde ich gerne machen. Und ich betone noch mal sehr ausdrücklich, dass wir alle die Hürden, die da von Anwohnern und vor allen Dingen auch von Gewerbetreibenden gesehen werden, dass wir die versuchen, soweit runter wie möglich zu bringen. Da gibt es gute Ansätze. Wir haben jetzt noch mal am Tisch gesessen, auch mit Herrn Beigeordneten Stäglin. Und das würden wir Ihnen dann auch gerne in den Ausschüssen vortragen. Und ich gehe davon aus, wir können Sie dann davon überzeugen, dass Sie Ihren Antrag zurückziehen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Gut, also Sie haben jetzt verwiesen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados:**

Ich verweise. Ich verweise aber noch in einen Ausschuss mehr, nämlich in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

Und wir werden natürlich keine Umbenennung vornehmen jetzt in dieser Zeit, das ist völlig klar, weil mich der Stadtratsbeschluss ja auch nicht verbindlich verpflichtet zu einem Zeitpunkt, diese Umbenennung vorzunehmen.

Wir werden das jetzt zügig beraten in den Ausschüssen. Und ich gehe davon aus, dass wir eine einvernehmliche Lösung finden, dass die Philipp-Müller-Straße in Willy-Brandt-Straße umbenannt wird. Denn für mich wäre es in der Außenwirkung für die Stadt Halle, wenn heute der Stadtrat vielleicht mit einer Mehrheit beschließt, was wieder rückgängig zu machen, was vor zwei Monaten beschlossen worden ist, ich glaube, das wäre kein gutes Aushängeschild für die Stadt.

Und wir sind auf einem guten Weg. Und lassen Sie uns das jetzt in den Ausschüssen beraten.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Also in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung. Und Hauptausschuss?

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados:**

Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung und Hauptausschuss, denn ich ... *(nicht verständlich)*

Es geht ja mehr nicht um den Namen, das ist ja im Kulturausschuss beraten worden. Ich habe alle verstanden, dagegen hat niemand etwas. Dann wäre es schon noch vernünftiger in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten, weil es ja mal einen Vorschlag gegeben hat, eine andere Straße zu nehmen. Das hat mit dem Kulturausschuss nichts zu tun.

Also bleibe ich dabei: Ausschuss für Planungsangelegenheiten, Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung, Hauptausschuss.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Gut. Ich habe jetzt noch einige Wortmeldungen. Herr Dr. Wend beginnt, dann Herr Paulsen, Herr Wolter und Frau Dr. Wünscher. Bitte, Herr Dr. Wend.

Herr Dr. Wend zieht zurück.

Dann Herr Paulsen.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Frau Oberbürgermeisterin, ich wollte fragen, das haben Sie jetzt gerade schon beantwortet, warum Sie den in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten verweisen. Ich kann dem zwar immer noch nicht folgen von der Intention, was der Ausschuss für Planungsangelegenheiten damit soll, verweise den aber zusätzlich noch in den Kulturausschuss.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Auch in den Kulturausschuss. Bei vier Ausschüsse sind wir jetzt. Und jetzt hat Herr Wolter das Wort.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:**

Frau Oberbürgermeisterin, ich weiß ja nicht, wie geordnet Sie Entscheidungen treffen. Ich muss sagen, ich bin, wie kann man das nennen, Ärger ist es nicht wirklich. Ich überlege, versuche zu begreifen, was Sie jetzt gerade für eine Verweisung getan haben.

Wir haben hier einen Beschluss gefasst im Rat mit einer Mehrheit, eine Straße umzubenennen. Es gibt dagegen Protest. Eine Fraktion nimmt es zur Kenntnis und sagt, okay, wir stellen den Antrag und gucken, ob wir da aufgrund dieser Bedenken, die da im Raum stehen, eine Mehrheit gegen den gefassten Beschluss kriegen.

Wir hatten das in verschiedenen Dingen schon. Ich erinnere auch an die Straßenumbenennung An der Petruskirche. Da hat der Stadtrat in einer Mehrheit diesen Beschluss zurückgenommen. Hat niemandem geschadet.

Und jetzt haben Sie folgendes getan: Sie haben denjenigen, der dem Stadtrat glaubt, der ein Unternehmer ist in der Philipp-Müller-Straße, wie sie jetzt noch heißt, der einen Auftrag rausgegeben hat, weil er sagt, okay, im September wird hier eine Umbenennung stattfinden, den haben Sie jetzt vollkommen ins Leere gerückt.

Und auch diejenigen, die jetzt irgendwelche Pass- und alle möglichen Dinge vorhaben und sagen, okay, ich muss eigentlich jetzt hier einen neuen Ausweis beantragen. Den setzen Sie auch noch mal ins Leere.

Ich denke, wir sind beschlussfähig hier. Und ich versuche zu verstehen, was die Hintergründe wirklich sind. Und die sind eigentlich nur dann nachvollziehbar für mich, wenn Sie sagen, okay, ich möchte gerne meinen Parteigenossen Willy Brandt nicht beschädigen. Sie beschädigen ihn durch so ein Verzögern eines Beschlusses, finde ich, noch mehr.

Und wir haben hier nichts gegen die Ehrung dieser Person, sondern wir haben hier, so habe ich die Fraktion DIE LINKE. verstanden, auch in ihrer linken Position nichts gegen Willy Brandt, sondern sie haben hier auch nichts gegen einen Europäer und unseren, sage ich mal, auch wirklich bedeutenden Staatspolitiker, aber wir haben was gegen die Verfahrensweise zum Beschluss.

Und jetzt wird so ein Prozedere aufgemacht, wo ich mich auch wirklich lächerlich gemacht fühle von Ihnen durch diese Verweisung.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Frau Dr. Wünscher.

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion:**

Frau Oberbürgermeisterin, Herr Dr. Meerheim, Sie haben hier von Fairness und Ehrlichkeit gegenüber den Anliegern gesprochen. Kann ich alles gut verstehen. Aber ich wollte Ihnen zur Kenntnis geben, das ist bei Ihnen sicher auch angekommen, dass es auch zahlreiche Bürger in der Philipp-Müller-Straße gibt, die sich freuen, demnächst nicht mehr in der Philipp-Müller-Straße zu wohnen, sondern in der Willy-Brandt-Straße. Und ich denke, das sollte man hier auch mal sagen.

Die Unternehmer, das ist die eine Gruppe. Aber es gibt auch immer andere Gruppen. Und ich denke, das sollten wir hier auch zur Kenntnis nehmen. Und ich denke schon, auch in unserer Fraktion mehrheitlich, dass wir eigentlich dazu stehen, dass diese Straße umbenannt wird, natürlich so, dass es für alle so verträglich wird wie man so eine Umbenennung nur gestalten kann.

Dass sie immer für irgendwen unangenehm sein wird oder vielleicht auch für den einen oder anderen mit irgendwie etwaigen Unkosten verbunden ist, das ist alles klar. Aber dass man Unkosten auch hochrechnen kann, das wissen wir auch alle. Und es gibt Übergangsfristen und Ähnliches. Also ich finde, wir sollten das ziemlich weit unten halten und da lassen, wo es hingehört und so, wie wir das im Stadtrat hier mit Mehrheit beschlossen haben.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Und Herr Lange hat das Wort.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.:**

... (nicht verständlich)

*Protokollanmerkung:*

*Herr Lange beantragte ein Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt.*

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Gut, ein Wortprotokoll zum Tagesordnungspunkt 7.3.

Und wir haben jetzt vier Ausschüsse: Ausschuss für Planungsangelegenheiten, Hauptausschuss, Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung und Kulturausschuss, in dem dieser verwiesene Tagesordnungspunkt noch einmal aufgenommen wird.

Gut, damit beende ich das jetzt.

*Ende des Wortprotokolls.*

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat möge beschließen:*

- 1. Der Stadtratsbeschluss „Benennung einer Straße nach Willy Brandt“ V/2012/10477 mit dem Beschluss „Die Philipp-Müller-Straße wird aus Anlass des 20. Jahrestages von Willy Brandt im Oktober 2012 in Willy-Brandt-Straße umbenannt“ wird aufgehoben.*
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Alternativen für die Benennung einer Straße mit dem Namen Willy Brandt zu suchen und legt diese dem Stadtrat und Kulturausschuss im September 2012 zur Beschlussfassung vor.*

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**  
**Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung**  
**Hauptausschuss**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den  
**Kulturausschuss**

**zu 7.4    Prüfantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Kreuzungsbereich Burgstraße-Mühlweg-Neuwerk  
Vorlage: V/2012/10785**

---

**Herr Koehn, SPD-Fraktion,** machte deutlich, dass es sich hierbei um ein fachlich äußerst schwieriges Thema handele und verwies den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten sowie in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

**Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE.,** wies darauf hin, dass der Beschlussvorschlag des Antrages eine Optimierung der Verkehrsführung beinhalte, in der Begründung jedoch lediglich der Hauptstrom des Kraftfahrzeugverkehrs berücksichtigt sei. Im o. g. Kreuzungsbereich gebe es aber auch den Hauptstrom Radverkehr. Dieser sei in der Stellungnahme der Verwaltung ebenfalls nicht genannt.

Infolge dessen bat **Herr Sieber** darum, bis zur Beratung in den Ausschüssen auch über den Radverkehr nachzudenken.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit die Verkehrsführung an der Straßenkreuzung Burgstraße-Mühlweg-Neuwerk optimiert werden kann. Die Vorfahrtsregelung des ÖPNV durch eine entsprechende Beschilderung bleibt davon unberührt.*

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**  
durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten,**  
**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**

**zu 7.5 Prüfantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Aufstellen einer Halbampel an der Haltestelle „Diakoniewerk Halle“  
Vorlage: V/2012/10786**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates,** gab bekannt, dass der Antrag durch die Oberbürgermeisterin in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten verwiesen wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob durch die Installation einer Halbampel in Höhe der Straßenbahnhaltestelle „Diakoniewerk Halle“ das rechtzeitige Anhalten von Kraftfahrzeugen (aus Richtung Mühlweg kommend) und das ungefährdete Passieren von Kraftfahrzeugen und Straßenbahn (aus Richtung Burgstraße kommend) im Kreuzungsbereich Burgstraße-Mühlweg-Neuwerk ermöglicht werden kann.*

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**  
durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

---

*Der Stadtrat legte eine Pause von 34 Minuten ein.*

---

**zu 7.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Neubesetzung im Aufsichtsrat der GWG mbH**  
**Vorlage: V/2012/10791**

---

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, äußerte sich als Aufsichtsratsvorsitzender der GWG mbH zur Begründung zum Antrag der FDP-Fraktion. Darin sei auf den § 12 (5) des Gesellschaftsvertrages der GWG mbH verwiesen, dass dauernd verhinderte Aufsichtsratsmitglieder abuberufen seien.

**Herr Dr. Meerheim** brachte zum Ausdruck, dass Herr Dr. Fiedler keine einzige Aufsichtsratssitzung versäumt habe. Er war stets anwesend und habe nach bestem Wissen und Gewissen seinen Sachverstand eingebracht und seine Funktion, insbesondere als Vertreter von Senioren, sehr gut wahrgenommen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bedankte sich bei Herrn Dr. Fiedler für seine geleistete Arbeit im Aufsichtsrat der GWG mbH und sagte zu, dies auch nochmals in einem Schreiben an Herrn Dr. Fiedler zum Ausdruck zu bringen.

Zudem sollten sich Stadtrat und Oberbürgermeisterin zukünftig stets bei den Bürgern und ehemaligen Stadträten, die in den Gremien der Stadt mitgewirkt haben und ausscheiden, für die geleistete Arbeit bedanken.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**  
4 Nein-Stimmen

**Beschluss:**

- 1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH die Abberufung von Herrn Dr. Christian Fiedler aus dem Aufsichtsrat vor.**
  - 2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH Herrn Temba Schuh für den Aufsichtsrat vor.**
  - 3. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Maßnahmen einzuleiten.**
- 

Nach dem Abstimmungsverfahren bedankte sich **Herr Kley, FDP-Fraktion**, ebenfalls bei Herrn Dr. Fiedler für die geleistete Arbeit und entschuldigte sich für das Missverständnis aufgrund der fehlerhaften Formulierung in der Begründung des Antrages seiner Fraktion.

**zu 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Vorlage von Bauabnahmeprotokollen**  
**Vorlage: V/2012/10788**

---

**Herr Dieringer, CDU-Fraktion**, machte deutlich, dass die für Bauvorhaben anfallenden Nachträge in einem ausgewogenen Verhältnis zu den Gesamtkosten der jeweiligen Baumaßnahme stehen müssen. Dies wäre bei den letzten vorgelegten Ergebnissen von Baumaßnahmen nicht gegeben. Demzufolge könne seine Fraktion die Intention des Antrages unterstützen.

Allerdings sei es unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung zweifelhaft, ob die Herausgabe von Abnahmeprotokollen und Abnahmedokumenten ein geeignetes Mittel sei, auf Nachträge und Zusatzleistungen Einfluss zu nehmen.

In Anbetracht dessen verwies **Herr Dieringer** den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF, um dort nach einer geeigneten Formulierung für den Antrag zu suchen.

**Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE.**, konnte der Verweisung zustimmen und merkte an, dass das Mitglied der FDP-Fraktion im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF über die dort gehandhabte Verfahrensweise hätte berichten können.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, erklärte, dass seine Fraktion der Intention des Antrages grundsätzlich folgen könne, diesen aber in seiner derzeit bestehenden Formulierung aufgrund der vorhandenen Regelungen ablehnen würde. In den vorhandenen Regelungen seien jedoch Ermessensspielräume möglich, die den Antragsteller berechtigt veranlassen, einen entsprechenden Antrag einzubringen.

Im Zuge dessen bat **Herr Krause** die Verwaltung, sich ernsthaft mit dem Anliegen auseinanderzusetzen und im Ausschuss rechtliche Möglichkeiten detailliert darzustellen, um die Intention des Antrages umsetzen zu können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung legt dem zuständigen Ausschuss für Bau- und Vergabeangelegenheiten des Stadtrates spätestens einen Monat nach Abschluss der Maßnahme die Bauabnahmeprotokolle aller städtisch finanzierten Baumaßnahmen mit jeweiligen Bruttogesamtkosten über 500.000 Euro als Mitteilung in Textform vor und erstattet Bericht über Nachträge und Baumängel.*

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den  
**Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben**  
**nach VOB, VOL, HOAI und VOF**

**zu 7.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Einführung eines Terminvergabesystems für den Bürgerservice  
Vorlage: V/2012/10780**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bat um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion und erläuterte die Gründe für die Einbringung. Um den Bürgerservice in der Stadt Halle verbessern zu können, soll analog der Stadt Magdeburg ein automatisiertes, via Telefon und Internet nutzbares Terminvergabesystem eingeführt werden. Damit soll den Bürgern ermöglicht werden, sich vorab einen Termin vermitteln zu lassen, um ohne lange Wartezeiten ihre Angelegenheiten erledigen zu können. Im Ergebnis des Prüfantrages soll dem Stadtrat in Form eines Grundsatzbeschlusses eine Vorlage vorgelegt werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** brachte zum Ausdruck, dass die Verwaltung der Intention des Antrages entsprechend ihrer Stellungnahme folgen könne und den Stadtrat über den Stand der Umsetzung informieren wolle. Allerdings werde mit der Formulierung im Antrag, eine Beschlussempfehlung vorzulegen, in die Organisationshoheit der Verwaltung eingegriffen. Der Stadtrat und die jeweiligen Fachausschüsse können lediglich eine Informationsvorlage erhalten. Insofern bat sie um entsprechende Änderung des Antrages.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, merkte hinsichtlich der Stellungnahme der Verwaltung an, dass einerseits empfohlen werde, den Antrag anzunehmen und andererseits darauf hingewiesen wurde, dass der Antrag erledigt sei. In Anbetracht dessen fragte er nach dem Standpunkt der Verwaltung.

Aufgrund der Ausführungen der Oberbürgermeisterin gab **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bekannt, dass sie den Antrag ihrer Fraktion entsprechend ändere. Somit lautet der Beschlussvorschlag wie folgt:

„Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die Einführung eines Terminvergabesystems für die Bürgerservicestellen zu prüfen und dem Stadtrat eine **Beschlussempfehlung Informationsvorlage** vorzulegen.“

Darüber hinaus fragte **Frau Dr. Brock**, ob entsprechend der Begründung des Antrages die Ausländerbehörde hierbei ebenfalls einbezogen werde, da insbesondere dort lange Wartezeiten bekannt seien.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass sie die Frage mit aufnehmen werde. Ihres Erachtens werden aber dort bereits Termine telefonisch oder persönlich vereinbart.

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, um dort über die Modalitäten und Details beraten zu können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**geänderter Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die Einführung eines Terminvergabesystems für die Bürgerservicestellen zu prüfen und dem Stadtrat eine **Beschlussempfehlung Informationsvorlage** vorzulegen.*



**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**  
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den  
**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**

**zu 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt der Verbindungsqualität auf der S-Bahn-Strecke Hauptbahnhof-Trotha**  
**Vorlage: V/2012/10783**

---

**Herr Felke, SPD-Fraktion**, gab bekannt, dass seine Fraktion das Anliegen ausdrücklich unterstütze, allerdings weiterer Beratungsbedarf bestünde und die Thematik umfassender behandelt werden sollte.

Infolge dessen verwies **Herr Felke** den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Darüber hinaus regte **Herr Felke** an, die Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA) zur Ausschusssitzung zu diesem Punkt einzuladen, da diese im Auftrag des Landes den Schienenpersonennahverkehr plane, bestelle und bezahle. Zudem sollte auch die DB Netz AG hinzugezogen werden, da die Intention des Antrages in gewisser Weise mit dem Umbau des Knotens Hauptbahnhof zusammenhänge.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

- 1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) spricht sich für den Erhalt einer werktäglich tagsüber im Dreißig-Minuten-Takt verkehrenden Bahnverbindung zwischen den Haltestellen Trotha und Hauptbahnhof auf der Bahnstrecke der bisherigen S-Bahn-Linie 7 (KBS 591 S-Bahn Halle) auch nach dem Dezember 2013 aus. Dabei müssen weiterhin alle Unterwegshaltestellen bedient werden.*
- 2. Die Stadt Halle (Saale) fordert die Landesregierung auf, diese Aufrechterhaltung der Bedienungsqualität bei der Umsetzung des Plans des öffentlichen Personennahverkehrs 2010 - 2015/2025 des Landes und in entsprechenden Verkehrsleistungsvergaben sicherzustellen.*

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**  
durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

**zu 7.10 Antrag des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur Änderung der bestehenden Satzung über die Entschädigung ehrenamtlich tätiger Bürger (Entschädigungsordnung) §1 Abs. 1 Aufwandsentschädigung  
Vorlage: V/2012/10756**

---

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, wies darauf hin, dass der Geschäftsordnungsantrag zum jetzigen Zeitpunkt unzulässig sei, da nach der Geschäftsordnung dem Antragsteller zunächst die Möglichkeit der Begründung bzw. Erläuterung eingeräumt werden müsse. Erst danach seien entsprechende Geschäftsordnungsanträge zulässig.

**Herr Pitsch, NPD**, bat um Zustimmung zu seinem Antrag und erläuterte die Gründe für die Einbringung, die monatliche Aufwandsentschädigung auf 100 € zu begrenzen. Aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Halle sollte auch der Stadtrat ein positives Signal setzen und bei sich selbst sparen. Zudem habe es bei Arbeitgebern von Stadträten Irritationen gegeben, dass die Beträge in der Entschädigungsordnung immer noch in „DM“ ausgewiesen seien.

Darüber hinaus ging **Herr Pitsch** auf die Stellungnahme der Verwaltung ein und wies die Vorwürfe der Missachtung der ehrenamtlichen Tätigkeit der Stadträte sowie das Unterlaufen der Demokratie insgesamt ausdrücklich zurück. Seine Partei und er würden für eine wahre Volksherrschaft kämpfen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, wies darauf hin, dass in den Stadtratssitzungen keine Propaganda betrieben werde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** brachte zum Ausdruck, dass der Antrag von Herrn Pitsch die ehrenamtliche Arbeit der Stadträte nicht in dem erforderlichen Maße würdige. Der Stadtrat habe im August 1995 die Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürger beschlossen. Seitdem sei die Höhe der Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlich Tätigen unverändert geblieben. Im Gegensatz dazu wäre der reale zeitliche und organisatorische Aufwand jedes einzelnen Stadtrates in den vergangenen 17 Jahren deutlich gestiegen.

Herr Pitsch habe bisher an keiner Ausschusssitzung oder anderen Gremiensitzungen teilgenommen, sondern lediglich an den Stadtratssitzungen. Insofern resultiere der Antrag entweder aus Unkenntnis des Umfangs der realen Stadtratsarbeit oder sei - auch aufgrund der Äußerungen von Herrn Pitsch - populistisch. In einer Demokratie sei ehrenamtliche Arbeit zwingend notwendig.

Aus vorgenannten Gründen plädierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** dafür, den vorliegenden Antrag abzulehnen. Die bisherige Höhe der Aufwandsentschädigung entspreche dem Rahmen des Runderlasses des Innenministeriums. Ihres Erachtens wäre sogar eine Erhöhung angemessen. Zudem liege die Stadt Halle hinsichtlich der Aufwandsentschädigung mit vergleichbaren Städten im unteren Bereich.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Antrages.

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat möge beschließen:*

*Der §1 Absatz 1 wird wie folgt geändert:*

*„Die Stadträte des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) erhalten zur Abgeltung ihres Aufwands für die Wahrnehmung ihres Mandates zum 1. eines Monats im Voraus eine pauschale Entschädigung von monatlich 100,00 Euro.“*

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

1 Ja-Stimme

**zu 8      schriftliche Anfragen von Stadträten**

**zu 8.1      Anfrage des Stadtrates Raik Müller (CDU) zur Zukunft des ehemaligen Datenverarbeitungszentrums in Halle-Neustadt  
Vorlage: V/2012/10766**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.2      Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU-Fraktion) zu Lebensdauer und Instandhaltungskosten der Hochstraße  
Vorlage: V/2012/10696**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.3      Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu den Kosten der GEZ-Reform für die Stadt Halle  
Vorlage: V/2012/10764**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.4      Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu den Kosten städtischer Verwaltungsgebäude  
Vorlage: V/2012/10770**

---

Seitens der **SPD-Fraktion** wurde gefragt, wann die Verwaltung die angekündigte Informationsvorlage einbringen werde.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit**, antwortete, dass diese spätestens im September 2012 in den Stadtrat eingebracht werde.

---

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.5**      **Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Pflasterschäden in Halle**  
**Vorlage: V/2012/10771**

---

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im September 2012 vertagt.

**zu 8.6**      **Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Fahrbahnschäden in der Klei-**  
**nen Ulrichstraße**  
**Vorlage: V/2012/10769**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.7**      **Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Praktikanten mit Migrationshin-**  
**tergrund in der Stadtverwaltung**  
**Vorlage: V/2012/10768**

---

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Juli 2012 vertagt.

**zu 8.8**      **Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zum Gutachten zur Voraussichtli-**  
**chen Entwicklung des Bedarfs an kommunaler Bildungsinfrastruktur**  
**im Bereich KITA/Horte/Schulen in der Stadt Halle (Saale) bis zum Jahr**  
**2025**  
**Vorlage: V/2012/10787**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.9**      **Anfrage der Stadträte des Beirates der Stadtmarketing Halle (Saale)**  
**GmbH zu Veranstaltungen auf dem Marktplatz und Hallmarkt in den**  
**Jahren 2011, 2012 und 2013**  
**Vorlage: V/2012/10789**

---

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Juli 2012 vertagt.

**zu 8.10 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu den Kosten der Umbenennung der Straße in Willy-Brandt-Straße  
Vorlage: V/2012/10793**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.11 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Kooperationsmöglichkeiten des Peißnitz-Express mit der Deutschen Bahn AG  
Vorlage: V/2012/10694**

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, merkte an, dass das Kooperationsmodell in der Stadt Leipzig Einfluss nehmen sollte auf das Gesamtkonzept zur Parkseisenbahn Peißnitzexpress in der Stadt Halle. Möglicherweise können dabei auch Kosten kompensiert werden.**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.12 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Bepflanzung der Lärmschutzwand am 3. Abschnitt der Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost  
Vorlage: V/2012/10796**

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, merkte an, dass sie mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden sei und kündigte weitere Nachfragen an.**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.13 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Eichenbepflanzung am Umspannwerk der Haupterschließungsstraße (Osttangente)  
Vorlage: V/2012/10797**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.14 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Schadensersatzforderungen der Stadt Halle (Saale) zu Beschädigungen der Bäume in der Otto-Stomps-Straße  
Vorlage: V/2012/10718**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.15 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu Bearbeitungszeiten von Bauanträgen  
Vorlage: V/2012/10775**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.16 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu einer temporären Lösung der Straßenquerung in der Liebenauer Str.  
Vorlage: V/2012/10776**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Begrüßungsservice für Neugeborene  
Vorlage: V/2012/10778**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Teilnahme der Stadt Halle am "Tag des offenen Denkmals"  
Vorlage: V/2012/10777**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, brachte zum Ausdruck, dass ihre Fraktion mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden sei. Sie könne nicht nachvollziehen, weshalb die Verwaltung nicht eigenständig beantworten könne, welche städtischen Gebäude am „Tag des offenen Denkmals“ geöffnet waren. Insofern erwarte ihre Fraktion noch in diesem Jahr eine entsprechende Beantwortung der Anfrage.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit**, sagte dies zu.

---

**Die Anfrage wurde vertagt.**

**zu 8.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Werbeaktionen für die ÖPNV-Nutzung**  
**Vorlage: V/2012/10713**

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bat um eine erneute Beantwortung zu den Fragen 1 und 3. Auf diese wurde nicht bzw. nur ungenügend eingegangen.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den für 2012 geplanten MDV-Tariferhöhungen**  
**Vorlage: V/2012/10714**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verkehrssicherheit von Radfahrern in der Großen Ulrichstraße**  
**Vorlage: V/2012/10701**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, merkte an, dass ihr seit Einbringung o. g. Anfrage bereits sieben Personen bekannt seien, die in der Großen Ulrichstraße teilweise mit Fußgängerbeteiligung mit dem Fahrrad verunfallt seien.

Demzufolge bat sie darum, dass die Verwaltung den Sachverhalt auch weiterhin ernst nehme. Zudem werde sich ihre Fraktion dahin gehend auch weiterhin einbringen, dass sich die Gefährdung von Radfahrern durch die bevorstehenden Umbaumaßnahmen in der Großen Ulrichstraße nicht erhöhen.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Himmelscheidenradweg**  
**Vorlage: V/2012/10792**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erklärte, dass nicht nachvollziehbar sei, weshalb die Stadt Halle die neuen Möglichkeiten nicht nutze und fragte nach der Tourismusvereinbarung zwischen der Stadt Halle und den beiden beteiligten Landkreisen.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen im Bereich des Saaleradwanderweges**  
**Vorlage: V/2012/10795**

---

**Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Juli 2012 vertagt.**

**zu 8.24 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur verkehrlichen Anbindung des geplanten SB-Warenhauses am Dessauer Platz**  
**Vorlage: V/2012/10704**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.25 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fahrradabstellanlagen in Halle**  
**Vorlage: V/2012/10705**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.26 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu erteilten Aufenthaltstiteln für internationale Studierende und WissenschaftlerInnen in Halle**  
**Vorlage: V/2012/10781**

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bat darum, die Anfrage seiner Fraktion mit entsprechendem Zahlenmaterial zu untersetzen.



In der Antwort der Verwaltung sei zwar aufgeführt, dass keine Statistiken erhoben werden, allerdings sollte ein Bemühen der Verwaltung erkennbar sein und zumindest die Anzahl der erteilten und verlängerten Aufenthaltserlaubnisse statistisch dargestellt werden können.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.27 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Stadtratsbeschluss zur Prüfung von Strukturveränderungen im Bereich der städtischen Sportverwaltung  
Vorlage: V/2012/10782**

---

**Die Anfrage wurde auf das I. Quartal 2013 vertagt.**

**zu 8.28 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu herrenlosen Grundstücken in Halle  
Vorlage: V/2012/10784**

---

**Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Juli 2012 vertagt.**

**zu 9 Mitteilungen**

**zu 9.1 Informationsvorlage zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Analyse der Entwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung in Halle (Saale) vom 08.02.2012 V/2012/10441  
Vorlage: V/2012/10739**

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 9.2 Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (AMIP) des Jobcenters Halle (Saale) 2012  
Vorlage: V/2012/10693**

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

### weitere Mitteilungen:

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, dass alle in der heutigen Sitzung verwiesenen Anträge noch vor der Sommerpause in den Ausschüssen im Juli behandelt werden. Ihr sei bewusst, dass aufgrund der verkürzten Ladungsfrist für die Sitzungen im Juli die Einladungen größtenteils bereits verschickt wurden. Die Ausschussmitglieder seien aber Herr des Verfahrens und könnten die Anträge über die Dringlichkeit auf die Tagesordnung setzen.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, den Fraktionen die überarbeitete Haushaltssatzung 2012 zu übergeben. Diese werde heute auf der Homepage der Stadt Halle veröffentlicht. Sie gehe davon aus, dass nach der Beratung im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften im Juli eine Beschlussfassung im Stadtrat erfolge.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bezog sich auf einen Artikel in der MZ hinsichtlich der Umsetzung der Schulpflicht in der Stadt Halle durch das Land. Danach sei vor allem in den Grundschulen nicht genügend Lehrpersonal vorhanden. Nach Rücksprache mit Herrn Beigeordneten Kogge wurde festgestellt, dass dies auch auf andere Schulformen in der Stadt Halle zutreffe.

In dem Zusammenhang machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** deutlich, dass sich die Stadt Halle bemühe, die Kindertageseinrichtungen und Schulen zu sanieren, um gute Voraussetzungen für die Bildung der Kinder zu schaffen. Wenn dem eine zu geringe Anzahl an Lehrpersonal entgegenstehe, bedeute dies ein Standortnachteil für die Stadt Halle.

In Anbetracht dessen habe sie den Kultusminister in einem Schreiben auf die Situation hingewiesen und aufgefordert, dass das Land seiner Verpflichtung nachkomme, für eine qualitätsvolle Schulausbildung zu sorgen, indem die entsprechende Anzahl an Lehrern bereitgestellt werde.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** wies darauf hin, dass am 6. Juli 2012 die „Lange Nacht der Wissenschaften“ stattfindet und bat um Verteilung der entsprechenden Broschüren an die Fraktionen. Zudem bat sie die Stadträte um Teilnahme zum Empfang am Weinberg Campus.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

### **zu 10 mündliche Anfragen von Stadträten**

---

**Frau Hintz, SPD-Fraktion**, äußerte sich zum Antrag ihrer Fraktion hinsichtlich der Freilufttanzveranstaltungen. In der MZ war zu lesen, dass die Verwaltung erst im September dieses Jahres ein Konzept vorlegen könne, da erst dann ein offizieller Auftrag des Stadtrates vorliege.

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung wurde sich darauf verständigt, dass die Verwaltung einen Standort benenne und darstelle, wie man mit den Veranstaltern ins Gespräch komme und wie kurzfristig eine Beantragung für eine solche Veranstaltung möglich sei (im Ausschuss wurde eine Frist von 5 Tagen genannt).

Infolge dessen fragte **Frau Hintz**, ob bereits im Juli der Antrag beschlossen werden könne, da im September aufgrund der Witterungsverhältnisse Freilufttanzveranstaltungen eventuell kaum möglich seien.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit**, erklärte, dass der Antrag der SPD-Fraktion ein Prüfauftrag sei und vorerst die Entscheidung des Stadtrates abgewartet werden müsse, ob die Verwaltung überhaupt tätig werden soll.

Zudem habe er im Ausschuss wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass die Veranstalter jederzeit bei der Stabsstelle Veranstaltungen die Durchführung einer Freilufttanzveranstaltung beantragen können. Bisher sei jedoch kein einziger Antrag eingegangen.

Sofern der Stadtrat dem Antrag der SPD-Fraktion zustimme, werde die Verwaltung Standorte vorschlagen, an denen Freilufttanzveranstaltungen möglich seien. Dabei fraglich sei allerdings, ob die Veranstalter vorgeschriebene Standorte akzeptieren.

**Herr Beigeordneter Neumann** wies ausdrücklich darauf hin, dass es bereits möglich sei, Freiluftveranstaltungen durchzuführen, sofern der Lautstärkepegel eingehalten werde und kein Ausschank stattfinde. Anderenfalls können sich Veranstalter jederzeit an die Stabsstelle Veranstaltungen wenden und dort einen entsprechenden Antrag stellen.

Hinsichtlich der Spontanpartys brachte **Herr Beigeordneter Neumann** zum Ausdruck, dass es diese nicht geben werde, da sie unzulässig seien und Genehmigungen dahinter stünden. Die Verwaltung wolle Plätze identifizieren und das Verfahren verkürzen.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, fragte, ob die Verwaltung die Situation derzeit dulde in Erwartung einer noch zu treffenden Regelung oder nicht.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit**, antwortete, dass keine Duldung vorliege. Es können seitens der Veranstalter entsprechende Anträge gestellt werden.

Anträge seien nicht notwendig, wenn die geltenden Gesetzmäßigkeiten eingehalten werden. Danach müsse der Lautstärkepegel eingehalten werden und es dürfe kein kommerzieller Verkauf stattfinden. Derartige Freiluftveranstaltungen seien bis max. 500 Personen möglich.

Weiterhin wies **Herr Beigeordneter Neumann** nochmals darauf hin, dass bis zum heutigen Tag trotz der öffentlichen Diskussion zu diesem Thema kein einziger Veranstalter auf die Stadt Halle zugekommen sei.

---

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, bezog sich auf die Einwohnerfrage von Frau Dr. Schöps aus der Stadtratssitzung vom 30.05.2012. Darin habe Frau Dr. Schöps insgesamt acht Fragen zur Zukunft und Problematik des Verkaufs des Solbades Wittekind gestellt. Seitens der Verwaltung wurde aufgrund der Komplexität und des Umfangs der Fragen eine schriftliche Beantwortung zugesagt. Die jetzt ergangene Antwort der Verwaltung umfasse allerdings lediglich fünf kurze Sätze, ohne detailliert auf die Fragen einzugehen.

**Herr Dr. Wend** machte deutlich, dass er einen solchen Umgang mit den Bürgern der Stadt Halle nicht gutheiße und nicht nachvollziehen könne.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit**, entschuldigte sich dafür und erklärte, dass Frau Dr. Schöps am heutigen Tage eine umfassendere Antwort erhalten habe. Darin wurde zugesichert, dass die Verwaltung das Verfahren und den Baugenehmigungsprozess zur denkmalgerechten Erhaltung sowie zur teilweisen öffentlichen Nutzung des Areals im Rahmen ihrer Möglichkeiten begleiten werde. Allerdings seien auch die Planungen des Investors zu berücksichtigen.

---

**Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, ging auf die Mitteilung zum TOP 9.1

Informationsvorlage zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Analyse der Entwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung in Halle (Saale) vom 08.02.2012 V/2012/10441  
Vorlage: V/2012/10739

ein und äußerte sich mit folgenden Fragen:

Welche Hinweise nimmt die Verwaltung mit bzw. kann man davon ausgehen, dass die Analyse fortgeführt wird oder muss dies über einen Antrag einer Fraktion erfolgen?

Ist ein solcher Analysebestandteil auch für das Jobcenter Halle möglich?

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, machte deutlich, dass man sich hinsichtlich der Strategie beim Eigenbetrieb für Arbeit für die Jahre 2013 und 2014 aufgrund der Einbeziehung der Bürgerarbeit relativ sicher sei und sich mittelfristig damit nochmals beschäftigen werde.

In Bezug auf eine Analyse zum Jobcenter teilte **Herr Beigeordneter Neumann** mit, dass sich damit seines Erachtens Ende dieses Jahres, nachdem die Auswirkungen der Reform der Arbeitsmarktgesetze bekannt seien, auseinandergesetzt werden sollte.

---

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, bezog sich auf die Thematik Städtebaufördermittel. Diese erhalte die Stadt Halle für das Jahr 2012 nur dann, wenn bis zum 30.06.2012 eine positive Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes vorliege. Der städtische Haushalt 2012 wurde seitens der Kommunalaufsicht jedoch nicht genehmigt.

Infolge dessen fragte **Herr Scholtyssek**, ob zu erwarten sei, dass die Stadt Halle für das Jahr 2012 Städtebaufördermittel erhalte.

Darüber hinaus sei die Abrechnung von Städtebaufördermitteln in Höhe von 3 Mio. € aus dem vergangenen Jahr noch nicht vollständig erfolgt. Die Frist hierfür sei der 30.06.2012.

Demzufolge fragte **Herr Scholtyssek**, ob die Verwaltung die Abrechnung fristgerecht vornehmen könne und falls nicht, welche finanziellen Risiken für die Stadt daraus resultieren.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, antwortete hinsichtlich der zweiten Frage, dass bisher nicht alle Städtebaufördermittel abgerechnet werden konnten, da bestimmte Maßnahmen noch nicht abgeschlossen seien. Seitens des Landes wurde allerdings nicht signalisiert, dass die Fördermittel widerrufen werden, da u. a. die Mittel für die Jugendherberge im höchsten Interesse des Landes liegen.

Bezugnehmend auf die Frage 1 erklärte **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass nicht zu erwarten sei, dass die Stadt Halle bis zum 30.06.2012 einen genehmigten Haushalt habe. Aus diesem Grund stünde die Verwaltung im ständigen Kontakt mit dem Landesverwaltungsamt und dem Städtebauministerium, um eine Fristverlängerung zu erreichen.

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, merkte an, dass die Verwaltung davon ausgehe, dass für das Jahr 2012 die Städtebaufördermittel nicht gestrichen werden und für das Jahr 2011 keine finanziellen Belastungen für die Stadt entstehen.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, fügte hinzu, dass die Verwaltung dem Land eine regelmäßige Statusübersicht zukommen lasse. Seitens des Landes gebe es bisher keine Information, dass diese inakzeptabel sei.

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, ging auf die Anfrage von Herrn Dr. Wend ein und brachte zum Ausdruck, dass die am heutigen Tag an Frau Dr. Schöps ergangene Antwort ihres Erachtens eine noch geringere Aussage beinhalte und noch intransparenter sei. Der nicht öffentliche Beschluss zum Verkauf des Wittekind-Areals sei im Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften öffentlich bekanntgegeben, so dass die Antwort auf die erste Frage von Frau Dr. Schöps nicht mehr korrekt sei.

Sie hoffe, dass die Verwaltung die Fragen transparent beantworte. Dies wäre für das freiwillige Engagement der Bürger wichtig.

Des Weiteren bezog sich **Frau Wolff** im Zusammenhang mit der Anfrage der SPD-Fraktion zu Pflasterschäden in Halle entsprechend des TOP 8.5 auf die Pflasterung in der Geiststraße. Dort seien erhebliche Schäden vorhanden, obwohl erst kürzlich Bauarbeiten dahin gehend durchgeführt wurden. Insbesondere für Menschen mit Behinderungen wäre es kaum möglich, den Weg zu nutzen. Sie bat um Klärung dessen.

Darüber hinaus fragte **Frau Wolff** nach dem Konzept zur Suchthilfeproblematik. Dieses sollte nachhaltig in der Haushaltsplanung und Haushaltskonsolidierung berücksichtigt werden. Nach Informationen der Verwaltung im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss sei die dafür zuständige Mitarbeiterin erkrankt. Ihres Erachtens sollte aber sichergestellt sein, dass dieses Konzept vorgelegt werde, um diese Problematik in den Ausschüssen und im Stadtrat beraten zu können.

Weiterhin fragte **Frau Wolff** in Anbetracht der städtischen Haushaltssituation nach dem weiteren Vorgehen zur Schwimmhalle Robert-Koch-Straße hinsichtlich der Betriebskosten. Diese seien zu hoch, so dass das vorgesehene Budget nicht ausreichend sei.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** entgegnete in Bezug auf die Äußerung zur Beantwortung der Einwohnerfrage von Frau Dr. Schöps, dass die Verwaltung dies aufnehme.

Hinsichtlich der Fragen zu Pflasterschäden in der Geiststraße und zu den Betriebskosten der Schwimmhalle Robert-Koch-Straße sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eine Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, sagte bezugnehmend auf die Frage zur Suchthilfeproblematik eine schriftliche Beantwortung zu. Derzeit werde innerhalb der Verwaltung nach Möglichkeiten gesucht, um das Konzept aufgrund der Erkrankung der zuständigen Mitarbeiterin fertigstellen zu können.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erinnerte an ihre Anregung aus der Stadtratssitzung am 30.05.2012, die Hinweisschilder zur Leopoldina zu ändern, da diese die Besucher immer noch zu dem alten Standort führen. Bislang sei dies nicht erfolgt.

Aufgrund dessen fragte **Frau Dr. Brock** nach den Gründen, weshalb die Hinweisschilder am Opernhaus und in der Ludwig-Wucherer-Straße bisher nicht entsprechend geändert wurden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine unverzügliche Klärung zu.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, fügte hinzu, dass vorerst geklärt werden müsse, ob es sich hierbei um ein Hinweisschild oder um eine Anordnung für die Anbringung handele. Im Falle des letzteren sei eine Abordnung der Verkehrsbehörde erforderlich.

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte, ob es korrekt sei, dass der Standort des Amtes für Kinder, Jugend und Familie aufgegeben werden soll und wenn ja, mit welcher Begründung und in welchem Zeitrahmen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass sie derzeit keine Aussage dazu treffen könne. Die Verwaltung prüfe gegenwärtig im Rahmen eines Shared-Services-Projektes mit den kommunalen Unternehmen Stadtwerke, HWG und GWG, wie Verwaltungsstandorte optimiert und ggf. zusammengelegt werden können. Dabei müssen alle Verwaltungsstandorte hinterfragt werden; eine Entscheidung sei allerdings noch nicht erfolgt.

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bezog sich auf die Vorlage zum TOP 5.13

Zweiter Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen  
Vorlage: V/2012/10587

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wurde dazu erläutert, wie zusätzliche Mittel aus Grundstücksverkäufen für die Brandschutzgrundsicherung eingesetzt werden können. Im Haushalt 2012 wurden für diese Maßnahmen Mittel in Höhe von 1,1 Mio. € eingestellt. Das Dezernat von Herrn Beigeordneten Neumann gehe jetzt von einem Betrag in Höhe von ca. 1,5 Mio. € aus, so dass sich ein Aufwuchs von 440.000 € ergebe.

Demzufolge äußerte sich **Herr Paulsen** mit folgenden Fragen:

Wie setzt sich diese Plansumme zusammen?

Sind dort beispielsweise die Erlöse aus den Grundstücksverkäufen, die im Mai 2012 im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschlossen wurden, enthalten.

Ist der im Juli 2012 vorgesehene Grundstücksverkauf ebenfalls enthalten?

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erinnerte zunächst daran, dass in der Stadtratssitzung im März dem Antrag seiner Fraktion zur Prüfung von neuen Fördermöglichkeiten zum Breitbandausbau zugestimmt wurde. Nach den gestrigen Pressemitteilungen in der MZ bleiben Fördermittel des Landes zum Breitbandausbau im großen Umfang ungenutzt.

Infolge dessen fragte **Herr Paulsen**, wann das Prüfergebnis zum Antrag seiner Fraktion vorgelegt werde, welche Fördermittel wann und an welcher Stelle abgerufen und eingesetzt werden können. Zudem fragte er nach dem Eigenanteil der Stadt.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte bezogen auf den Beschluss zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" nach der weiteren Verfahrensweise und ob seitens der Stadt die entsprechende Urkunde unterzeichnet wurde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bestätigte die Unterzeichnung der Urkunde. Zudem wurde eine Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Gleichstellungs-Aktionsplanes entsprechend des Beschlusses einberufen.

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, wies darauf hin, dass am 06.06.2012 im Ausschreibungsanzeiger eine Ausschreibung der Stadt Halle für einen Rahmenvertrag zur Umsetzung von Marketingprojekten im Gesamtwert von bis zu 504.000 € erschienen sei.

In Anbetracht dessen äußerte sich **Herr Kley** mit folgenden Fragen:

Weshalb wurden die Leistungen trotz eines bisher nicht genehmigten Haushaltes ausgeschrieben?

Weshalb werden diese Leistungen nicht an die Stadtmarketing GmbH übertragen, welche originär für den Bereich Marketing zuständig ist?

Wozu bedarf es eines Rahmenvertrages, wenn die maßgeblichen Marketingleistungen in der Stadt Halle der vergangenen Jahre alle von anderweitigen Büros erbracht wurden als von dem Büro, das zuletzt den Rahmenvertrag hatte und die Stadt Halle umfänglich Kapazitäten aufweist, so dass keine vorherige Sicherung dieser Leistungen benötigt werde?

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, machte darauf aufmerksam, dass aufgrund eines maroden Hauses am Rannischen Platz ein Fußweg bereits seit mehreren Jahren gesperrt sei und die Fußgänger die Straße nutzen müssen.

Demzufolge fragte **Herr Bönisch**, ob dies aus Sicht der Verwaltung ein legitimes Verfahren sei, Bürger zu schützen und ob entsprechende Gebühren vom Eigentümer eingefordert werden.

**Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen**, erklärte, dass aufgrund von herabfallenden Fassadenteilen die Gehwegsperrung in der Wolfstraße zwingend erforderlich war. Dabei bestand das Problem, dass nach einer aufwendigen Recherche über die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland festgestellt wurde, dass sich die Eigentümer nicht in Deutschland aufhalten.

Anschließend wurde eine bauordnungsrechtliche Verfügung zur Sicherung des Gebäudes mit entsprechender Androhung einer Ersatzvornahme erlassen, um dem Eigentümer die Möglichkeit zu geben, eigenständig tätig zu werden. Die dort benannte Frist sei verstrichen, so dass nun die angedrohte Ersatzvornahme durch das Bauordnungsamt eingeleitet und im Zuge dessen die vorhandene Gehwegsperrung entfernt werden könne.

Weiterhin brachte **Herr Beigeordneter Stäglich** zum Ausdruck, dass die anfallenden Kosten der Ersatzvornahme beim Eigentümer geltend gemacht werden sollen. Zudem sagte er eine Prüfung zu, ob Möglichkeiten bestünden, Gebühren für die Gehwegsperrung einzufordern. Hierbei bestünde das Problem, dass die Verwaltung auf Grundlage der öffentlichen Sicherheit tätig wurde. Ansonsten sei der Eigentümer der Verursacher der Sperrung und müsse beim Ordnungsamt dafür entsprechende Gebühren zahlen.

---

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, bezog sich auf ihre Anfrage in der Hauptausschusssitzung am 20.06.2012 zum Vororttermin am Standort der Schule Kastanienallee mit dem Kultusminister Herrn Dorgeloh und dem Oberbürgermeisterkandidaten Herrn Senius.

In Anbetracht der Antwort der Verwaltung vom 27.06.2012 fragte **Frau Dr. Bergner**, ob es sich hierbei um einen Parteiwahlkampftermin handelte, ob solche Termine üblich seien und ob die Stadt darauf reagiere.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies auf die Antwort der Verwaltung. Daraus ginge hervor, dass der Verwaltung der Termin im Vorfeld nicht bekannt war. Die Schulleitung der Sekundarschule Kastanienallee war über den Termin informiert. Diese seien Landesbedienstete. Demzufolge sei der Kultusminister als deren Vorgesetzter nicht verpflichtet, die Stadtverwaltung zu informieren.

Darüber hinaus erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass es bei dem Termin um Schulprojekte sowie um Abstimmungen mit den Lehrern ging, so dass die Verwaltung nicht einbezogen werden musste. Insofern sehe sie keine Veranlassung, auf diesen Termin in irgendeiner Art und Weise zu reagieren.

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, wies darauf hin, dass im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften während der vorläufigen Haushaltsführung im letzten Jahr vereinbart wurde, dass die Verwaltung den Stadtrat über Anträge auf Mittelfreigabe beim Landesverwaltungsamt informiere.

Infolge dessen fragte **Herr Wolter**, ob diese Absprache auch weiterhin Gültigkeit habe.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte zu, auch weiterhin im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zu informieren, zu welchen Maßnahmen während der vorläufigen Haushaltsführung Mittelfreigaben beim Landesverwaltungsamt beantragt wurden.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.



**zu 11 Anregungen**

- zu 11.1 Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zur Durchführung eines Bürgerforums im Zusammenhang mit dem Aufstieg des HFC in die 3. Bundesliga**  
Vorlage: V/2012/10772

---

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 11.2 Anregung der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur einheitlichen Beantwortung von mündlichen Anfragen**  
Vorlage: V/2012/10773

---

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 11.3 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Kennzeichnung der Radverkehrsführung auf der Klausbrücke**  
Vorlage: V/2012/10794

---

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

**weitere Anregungen:**

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, bezog sich auf den Dringlichkeitsantrag seiner Fraktion zur Freifläche zwischen Gottesackerstraße und Charlottenstraße. Da dieser nicht auf die Tagesordnung gekommen ist, regte er an, dass seitens der Verwaltung dennoch eine Prüfung erfolge, ob die Möglichkeit bestünde, auf o. g. Fläche während der Sperrung der Tiefgarage Charlotcenter Parkplätze zu schaffen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine Prüfung zu. Der Verwaltung sei das Problem bekannt und werde entsprechend reagieren.

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bezog sich auf die Anfrage ihrer Fraktion zum Himmelsradweg entsprechend des TOP 8.22. Aus der Antwort der Verwaltung ginge hervor, dass keinerlei Bedarf bestünde, sich in Zukunft hier zu engagieren.

Infolge dessen regte **Frau Dr. Brock** an, aufgrund der Tourismusvereinbarung den Himmelsradweg in die Vermarktungsstrategien der Stadt Halle einzubeziehen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** nahm die Anregung auf und machte deutlich, dass es sich hierbei um ein übergreifendes Projekt handle und die Stadt Halle den Himmelsradweg entsprechend in die Vermarktungsstrategien einbeziehen werde.

---

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, regte an, dass zugesagte schriftliche Beantwortungen von mündlichen Anfragen zeitnah erfolgen und die Verwaltung eine Prüfung hinsichtlich der noch offenen Beantwortungen vornehme und diese den Stadträten nachreiche. Beispielsweise sei seine Anfrage aus der Hauptausschusssitzung März 2012 bisher nicht beantwortet.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** stimmte den Ausführungen von Herrn Lange zu. Im Zuge dessen bat sie die Geschäftsstelle Stadtrat, die Antworten bei den jeweiligen Dezernaten einzufordern. Sollte trotz mehrfacher Aufforderung die Beantwortung nicht erfolgen, wolle sie darüber in Kenntnis gesetzt werden.

---

**Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE.**, bezog sich auf die Anregung von Herrn Kley und erklärte, dass er über diese erstaunt war. Im Ausschuss für Planungsangelegenheiten wurde bereits mehrfach darüber diskutiert, wie verhindert werden könne, dass Bebauungs- und Wohnbebauungsgrundstücke zu legalen Parkplätzen umgenutzt werden.

Insofern sei die Anregung von Herrn Kley nicht nachvollziehbar. Zudem wäre die weitere Nutzung der vorübergehenden Parkfläche nach der Öffnung der Tiefgarage Charlottencenter fraglich.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, wies darauf hin, dass die Verwaltung zwar nach einer Lösung für die vorübergehende Sperrung der Tiefgarage Charlottencenter suchen, aber nicht zwingend eine Freifläche dafür vorhalten werde. Beispielsweise erfolge eine Prüfung dahin gehend, ob die in der Umgebung vorhandene Parkplatzkapazität nicht vollständig in Anspruch genommen werde und somit als Ausweichfläche dienen könne.

---

**Herr Sieber, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, ging auf die Anregung zum TOP 11.3

Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Kennzeichnung der Radverkehrsführung auf der Klausbrücke  
Vorlage: V/2012/10794

ein und brachte zum Ausdruck, dass die Antwort der Verwaltung nicht nachvollziehbar sei und bezog sich dabei auf folgende Textpassagen:

„... Weiterhin ist gewährleistet, dass die Sicht auf den Radweg in ausreichender Länge vor dem Abbiegevorgang sichergestellt ist ...“

Seines Erachtens haben PKW-Fahrer keine ausreichende Sicht auf den Radverkehr, da dies eine reine Kurvenstrecke sei.

„... Die flächigen Einfärbungen von Radverkehrsanlagen sind nur an besonderen Konfliktbereichen vorzunehmen. Ein solcher liegt nicht vor ...“

**Herr Sieber** widersprach dem und erklärte, dass seiner Auffassung nach ein Konfliktbereich gegeben sei, da die Radfahrer an dieser Stelle äußerst aufmerksam sein müssen.

„... Das Verkehrszeichen ‚Radfahrer kreuzen‘ ist nur dort anzuordnen, wo Radverkehr außerhalb von Kreuzungen oder Einmündungen die Fahrbahn unvermutet quert oder auf sie geführt wird ...“

**Herr Sieber** wies darauf hin, dass der PKW-Verkehr den Radverkehr kreuze.

Aus vorgenannten Gründen sollte o. g. Sachverhalt am Runden Tisch Radverkehr beraten werden. Zudem regte er die Anbringung eines Verkehrsschildes an, dass die Hauptstraße geradeaus führe, damit den PKW-Fahrern bewusst werde, dass sie von der Hauptstraße abbiegen und den Radverkehr kreuzen.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen,** nahm die Anregung auf und sagte zu, die Thematik am Runden Tisch Radverkehr zu beraten.

Es gab keine weiteren Anregungen.

## **zu 12     Anträge auf Akteneinsicht**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates,** gab bekannt, dass folgender Antrag auf Akteneinsicht vorliege:

Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion DIE LINKE. in den Vorgang zur Umorganisation des ruhenden Verkehrs in der Salzburger Straße im Dezember des Jahres 2011 einschließlich der dazu eingegangenen Bürgerbeschwerden und deren Beantwortungen.

Es lagen keine weiteren Anträge auf Akteneinsicht vor.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates,** beendete die 34. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

---

Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin

---

Harald Bartl  
Vorsitzender des Stadtrates

---

Anja Schneider  
Protokollführerin